


36. Sitzung, Montag, 25. Januar 2016, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*
Verhandlungsgegenstände
5. Erklärungen zum Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2017–2020 (KEF 2017–2020)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2016

KR-Nr. 1/2016

(Fortsetzung der Beratung) Seite 2301

Verschiedenes

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 2362

5. Erklärungen zum Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan 2017–2020 (KEF 2017–2020)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2016

KR-Nr. 1/2016

(Fortsetzung der Beratung)

6

*FD, Leistungsgruppe 4960, Interkantonaler Finanzausgleich
Leistungsüberprüfung 2016*
Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 25 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-367.3	-417.0	-441.8	-441.8	-441.8	-441.8
neu:	-367.3	-417.0	-441.8	-416.8	-416.8	-416.8

Renate Büchi (SP, Richterswil): Das Interesse am Weiterführen der KEF-Debatte ist gewaltig, es sind auch alle da, wirklich sehr gut. (*Das Gegenteil ist der Fall: Der Geräuschpegel ist sehr hoch, obschon der Ratssaal noch halbleer ist.*) Ich freue mich, dass ich zu Nummer 6 sprechen kann, und ich möchte auch gerne dort weiterfahren, wo wir aufgehört haben – hört man etwas? – vor der Pause. Ich möchte noch daran erinnern, dass Herr Bonato (*Diego Bonato*) gesagt hat, wir würden uns der Diskussion verweigern. Ich sehe es natürlich anders. Eine FIKO (*Finanzkommission*), die «copy and paste» elf Anträge stellt und nichts anderes tut, als zu wiederholen, was im ersten und zweiten und dritten Antrag steht, das ist Verweigerung der Diskussion, weil man sich nämlich nicht damit beschäftigt hat, genau zu schauen: Was wollen wir? Wo wollen wir es? Und was hat es für Konsequenzen? Ich habe mir hingegen die Mühe gemacht, mich vorzubereiten und mir auch zu dieser Nummer 6 Gedanken zu machen.

Es steht hier einfach Leistungsgruppe 4960, 25 Millionen sind einzusparen... (*Die Votantin wird von der Ratspräsidentin unterbrochen.*)

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich bitte Sie, Ihren Lärmpegel zu reduzieren. Alle, die noch nicht am Platz sitzen, können das auch leise tun. Vielen Dank.

Renate Büchi fährt fort: Und wenn diese 25 Millionen nicht bei 4960 eingespart werden können, dann muss man das sonst irgendwo in dieser Finanzdirektion bewerkstelligen. Es ist ja noch eines, wenn man es selber in der Hand hat, wenn es um Millionen geht, aber bei diesem 4960 handelt es sich ja in Tat und Wahrheit um den interkantonalen Finanzausgleich. Dieser interkantonale Finanzausgleich – und das weiss sicher auch Frau Frey (*Beatrix Frey, Präsidentin der Finanzkommission [FIKO]*), sie hat ja auch das Gesetz, das CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), zitiert und gesagt, auf welchen Gesetzesgrundlagen sich die FIKO bewegt. Es gibt aber auch hier zu diesem interkantonalen Finanzausgleich Gesetze, die ihm zugrunde liegen. Es gibt ein Bundesgesetz und es gibt eine Verordnung dazu. Die Grundlage für die Berechnung dieses interkantonalen Finanzausgleichs und Lastenausgleichs ist der Index der Ressourcen beziehungsweise Steuerpotenziale der Kantone, und daraus gibt es eine Ressource. Und es gibt einen Ressourcenindex des Kantons Zürich, der angestiegen ist. Ausserdem spielt es eine Rolle, wie sich der Kanton bevölkerungsmässig entwickelt, wie sich das Ressourcenpotenzial entwickelt und – nicht zu vernachlässigen – wie sich die ande-

ren Kantone in der Schweiz entwickeln. Jetzt können Sie mir einmal erklären, wie da der Regierungsrat beziehungsweise die Finanzdirektion aus eigener Kraft 25 Millionen in diesem Finanzausgleich sparen oder überprüfen oder weiss ich was – sie muss das Geld einfach irgendwie nicht ausgeben –, wie sie das bewerkstelligen soll. Seit 2008 – damals wurde dieser nationale Finanzausgleich eingeführt mit einer Volksabstimmung – hat der Kanton Zürich nämlich deutlich mehr in diesen Ausgleich bezahlt. In den letzten Jahren hat es ein bisschen abgenommen und jetzt steigt es wieder an, was zum Beispiel mit dem Anwachsen der Bevölkerung im Kanton Zürich zu tun hat.

Deshalb macht es einfach keinen Sinn, hier diese 25 Millionen zu streichen. Und Sie wissen es genau: Es ist nicht möglich. Und trotzdem hat sich ja der Regierungsrat – wenn Sie das gelesen haben – schon am 20. Mai 2015 klar dafür ausgesprochen, dass er sich auf Bundesebene dafür einsetzen wird, eine Verbesserung dieses Ressourcenausgleichs zu bewerkstelligen, damit die Ausgangslage für die Gerberkantone besser wird. Es sind im Moment sieben Kantone, die geben, und die anderen Kantone erhalten, während es früher einmal zehn Kantone waren, die gegeben haben. Der Regierungsrat wird sich dabei auf den Wirksamkeitsbericht des Bundes stützen und wird sich ernsthaft damit befassen. Ich denke, das ist der richtige Weg.

Darum bitte ich Sie wirklich: Lehnen Sie diese KEF-Erklärung ab. Damit zeigen Sie, dass Sie realistische Politik betreiben statt irgendwelche – wie soll ich sagen – Rundumschläge aus der Finanzkommission. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das war eine Punktlandung (*bezüglich der Einhaltung der Redezeit*).

Maria Rohweder (Grüne, Männedorf): Ich kann mich den Worten von Renate Büchi nur anschliessen. Auch wir Grüne lehnen diesen Antrag zu 4960 entschieden ab. Es scheint mir, dass die bürgerliche FIKO-Mehrheit nicht ganz bei der Sache war, als sie ihren Antrag beschloss. Diese Aufgaben für den interkantonalen Finanzausgleich sind ja gesetzt. Und auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung für die kommenden Jahre mit vielen Unsicherheiten behaftet ist, so bleibt das Konto 4960 ein fixer Posten im KEF, auf den weder der Regierungsrat noch der Kantonsrat direkten Einfluss haben. Wennschon dann müssten die dem interkantonalen Finanzausgleich zugrunde liegenden Gesetze geändert werden. Hier eine Änderung im KEF vorzunehmen, ist

ungefähr so sinnlos wie, die detaillierte Prognose von Wetterdaten der nächsten vier Jahre vorschreiben zu wollen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 6 mit 105 : 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

7

VD, Leistungsgruppe 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 134 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-234.9	-237.8	-303.8	-346.3	-354.8	-371.7
neu:	-234.9	-237.8	-303.8	-212.3	-220.8	-237.7

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU hat sich als zuständige Kommission für diese Leistungsgruppe an zwei Sitzungen ausführlich mit der vorliegenden KEF-Erklärung befasst. Die KEVU beantragt Ihnen, diese KEF-Erklärung abzulehnen. Meine Erläuterung entspricht der Minderheit der Finanzkommission.

Leider hatten wir bei der Befassung mit der KEF-Erklärung nicht den Eindruck, dass die FIKO den gleichen Aufwand und die gleiche Sorgfalt bei der Behandlung dieser KEF-Erklärung walten liess. Wir haben insbesondere der zuständigen Regierungsrätin (*Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh*) die Möglichkeit gewährt, uns darzulegen, was denn die Konsequenz dieser KEF-Erklärung tatsächlich wäre. Hier möchte ich auch gerne festhalten, dass eben von dieser zuständigen Regierungsrätin moniert wurde, dass ihr genau diese Möglichkeit von der FIKO her nicht gewährt wurde.

Leider waren uns nach unserer ersten Sitzung zur KEF-Erklärung die Überlegungen der FIKO nicht wirklich schlüssig und auch nicht wirklich nachvollziehbar. Und an der Sitzung war leider auch keine Vertretung der FIKO in der KEVU anwesend. Entsprechend haben wir die FIKO-Präsidentin in die KEVU eingeladen, dazu komme ich dann später noch.

Was will diese KEF-Erklärung? Diese KEF-Erklärung ist einerseits etwas fantasielos. Andererseits müssen wir feststellen, dass wohl der FIKO die dieser Leistungsgruppe zugrunde liegenden Ausgabenverpflichtungen entweder nicht bekannt sind oder dass sie sie nicht verstanden hat. Welcher Umstand peinlicher ist für eine Finanzkommission, ist mir bis heute noch nicht ganz klar.

Wieso fantasielos? Die FIKO hat einfach die Seite 17 des KEF abgeschrieben, und dies erst noch etwas ungeschickt. Sie hat nämlich einfach diese Saldoverbesserung, die für das Jahr 2019 vorgesehen war, auf alle Jahre verteilt. Das führte dazu, dass es dann für die Jahre 2017 und 2018 gegenüber dem Jahr 2015 eine massive Saldoverbesserung gab. In diesem Fall entspricht das auch einer Aufwandreduktion, weil es nämlich in dieser Leistungsgruppe keine Erträge gibt. Das heisst, man hat gefordert, dass die Aufwände im öffentlichen Verkehr massiv reduziert werden sollen. Von dem her war das nicht sehr inspirierend, aber auch nicht schön umgesetzt.

Jetzt aber der wirklich peinliche Punkt: Wie sind denn eigentlich die Mechanismen dieser Leistungsgruppe für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs? Wie schon erwähnt, es gibt keine Erträge in dieser Leistungsgruppe. Man finanziert drei Punkte aus dieser Leistungsgruppe. Das ist erstens der Zürcher Verkehrsverbund, ZVV. Zweitens ist es die Einlage in den kantonalen Verkehrsfonds. Und drittens ist es neuerdings eben auch die Kantonseinlage in den Bahninfrastrukturfonds, welcher durch die FABI-Vorlage (*Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur*) ins Leben gerufen wurde. Für den BIF, eben diesen Bahninfrastrukturfonds, gibt es neu eine Kantonseinlage von 116 respektive 120 Millionen Franken. Diese ist von einem Bundesgesetz vorgegeben, das können wir entsprechend auch nicht abändern. Das heisst, man kann dort nicht reduzieren. Aber genau diese Fondseinlage ist der Hauptkostentreiber in der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

Der zweite Punkt ist der Verkehrsfonds. Bis jetzt ist eigentlich vom Gesetz vorgesehen, dass man 70 Millionen in diesen kantonalen Fonds einlegt. Im KEF wird bereits schon damit gerechnet, dass ab 2017 eine reduzierte Einlage von 56 Millionen gemacht wird. Das heisst, man rechnet hier auch schon mit einer Gesetzesänderung. Eine weitere Reduktion dieser Verkehrsfondseinlage ist wenig realistisch, ausser man möchte in Zukunft nicht mehr wesentlich in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs investieren. Was heisst das konkret? Diese 134 Millionen Aufwandreduzierung müssen also konsequenterweise beim Zürcher Verkehrsverbund eingespart werden. Würde dies gemacht, stände dem ZVV noch eine Kostendeckung von 170 Millionen Fran-

ken zur Verfügung. Das würde etwa der Hälfte des heutigen Betrags entsprechen. Denn das Problem oder der Vorteil mit der Finanzierung des ZVV ist, dass die Gemeinden genauso viel einlegen wie der Kanton. Reduziert der Kanton seine Kostenunterdeckung, reduzieren die Gemeinden zu denselben Teilen. Was wäre also die Konsequenz?

Im Rahmen der Behandlung der ZVV-Strategie in der KEVU mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass mit Billettpreiserhöhungen die Kostenunterdeckung nicht massiv reduziert werden kann, weil nämlich der ZVV schon die maximal realistischen Billettpreiserhöhungen einplant. Macht man noch höhere, führt das nicht zu Mehr-, sondern zu Mindereinnahmen, weil dies dazu führt, dass weniger Leute den öffentlichen Verkehr benutzen. Das heisst, man hat dann bei den Billetts aufgeschlagen und verdient trotzdem weniger. Das heisst: Möchte man beim ZVV einsparen, geht dies nur mit einer klaren Leistungsreduktion.

Was bedeutet dies? Der ZVV hat uns gesagt, wenn er noch eine Kostenunterdeckung von 170 Millionen Franken hat, dann kann er gerade noch die VBZ (*Verkehrsbetriebe Zürich*) finanzieren. Im restlichen Kanton können Sie dann beliebig lang auf Ihren Bus warten, der würde nämlich einfach nicht mehr kommen.

Sie können es sich auch anders vorstellen, es hat ja gerade vor kurzem die Antwort auf eine Anfrage bezüglich des Kostendeckungsgrads der Linien. Sie können sich dann einfach überlegen: Wenn Sie möglichst viel einsparen wollen, dann streichen Sie die Linien mit dem tiefsten Kostendeckungsgrad von unten nach oben, bis Sie nur noch bei einem Defizit von 170 Millionen Franken sein werden. Da die Linien der VBZ den höchsten Kostendeckungsgrad aufweisen, wird es auch dort passieren, dass Sie am Schluss genau noch die VBZ betreiben – im restlichen Kanton: ÖV Bye Bye. Das heisst, die Konsequenz dieser KEF-Erklärung, sollte sie denn in dieser Leistungsgruppe tatsächlich so umgesetzt werden, wäre ein totaler Kahlschlag des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich. Das ist bei weitem wirklich keine Übertreibung.

Auf diese Tatsache angesprochen – das wurde die FIKO-Präsidentin ja dann bei uns in der KEVU –, respektive eben die Tatsache, dass realistischerweise dieser Betrag in dieser Leistungsgruppe gar nicht eingespart werden könne, denn so einen Kahlschlag kann ja niemand wollen, erhielten wir von der FIKO-Präsidentin folgende Antwort: Erstens ginge es der FIKO dabei nicht um eine inhaltliche Diskussion, sondern darum, ein Zeichen zu setzen. Zweitens solle man es, falls es nicht in der Leistungsgruppe umsetzbar sei, sonst irgendwo in der Di-

reaktion machen. Drittens sei es ja nur eine KEF-Erklärung und man solle sie als das nehmen, was sie ist.

Da ich jetzt gewisse Aussagen, die daraufhin in der Kommission gefallen sind, nicht wiedergeben möchte, mache ich einen kleinen persönlichen Kommentar: Wenn die FIKO schon der Meinung ist, dass man es in der Leistungsgruppe nicht machen kann, sondern sonst irgendwie in der Direktion, und vielleicht, wenn es halt in der Direktion nicht geht, sonst irgendwo, dann wäre es, ehrlich gesagt, ehrlicher gewesen, man hätte eine pauschale Kürzung im 4950er (*Konto 4950, verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen, sogenannter Reptilienfonds*) gemacht, dann hätten wir anstatt elf auch nur einen Antrag gehabt und hätten uns einiges an Sitzungsgeld sparen können.

Das Zweite ist: Wenn die FIKO schon eine KEF-Erklärung macht, die nicht umsetzbar ist – und ich denke, das wusste sie auch, denn wie kann man sonst die Aussagen der Präsidentin deuten, dass man es sonst halt irgendwo anders machen soll statt in dieser Leistungsgruppe –, dann würde ich behaupten, dass die FIKO doch eher ein jämmerliches Bild abgibt, insbesondere als mir klar wurde, dass der FIKO anscheinend gewisse fundamentale Finanzierungsmechanismen nicht bekannt waren. Ich denke, die FIKO hätte für den Rest der Legislatur noch die Chance, dieses etwas ramponierte Bild wieder zu korrigieren. Ich hoffe, sie tut es auch. Ob man mit solchen KEF-Erklärungen am Schluss finanzpolitisch von der Regierung ernster genommen wird, frage ich mich auch.

Aber zurück zur Berichterstattung aus der Kommission: Eine Minderheit der KEVU schloss sich der Argumentation der FIKO an. Sie möchte mit dieser KEF-Erklärung den Spardruck auf die Regierung aufrechterhalten und stimmt der entsprechenden KEF-Erklärung zu. Und sie würde natürlich wünschen, dass der Rest des Rates dies ebenfalls tut. Am Schluss resultierte Folgendes: Die KEVU empfiehlt Ihnen mit einer Mehrheit von acht zu sieben, diese KEF-Erklärung der FIKO abzulehnen.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Sie haben es gehört, es ist eine Minderheit, sieben zu acht, und ich, die SVP gehört zu dieser Minderheit, die den FIKO-Antrag in der KEVU unterstützt hat. Es kam, wie es kommen musste bei den Diskussionen über diese KEF-Anträge zur Leistungsüberprüfung, dass wir jetzt bei jedem Antrag eine Detaildiskussion führen, weshalb und warum es nicht möglich sei. Ich mache einfach auf etwas aufmerksam, das ist jetzt im Referat von Frau Joss

zu wenig zum Ausdruck gekommen war, es ist einfach ein FIKO-Bashing, aber die Zahl, die 134 Millionen, von denen wir jetzt bei diesem Antrag sprechen, ist nicht eine Erfindung der FIKO. Lesen Sie nach auf Seite 17 des dicken Buches (*Gebundene Ausgabe von Budget und KEF*), das hat die Regierung selbst festgeschrieben. So verstehe ich die FIKO-Anträge und deshalb unterstützen wir sie auch: Es ist einfach eine Unterstützung für die Regierung, um ihre Sparziele zu erreichen. Es geht hier jetzt nicht um die Details, wir können diese Details gar nicht diskutieren. Sie haben recht, es braucht gesetzliche Änderungen, es braucht eine gesetzliche Änderung in Bezug auf die FABI-Finanzierung, jawohl. Das werden wir hier diskutieren müssen. Aber das wird einen Impact auf genau diese Leistungsgruppen haben. Und es geht hier einzig und allein darum, dass die Regierung die Motivation behält, diese Sparziele entsprechend zu erreichen. Und es ist überhaupt keine Diskussion von einem Kahlschlag des öffentlichen Verkehrs. Denn es geht auch nicht darum, zu sparen. Es geht darum, eine Aufwandsteigerung zu vermeiden. Wir frieren es ein auf dem Niveau 2015. Wir müssen dann in der ZVV-Strategie eben über neue Leistungen diskutieren. Man muss diskutieren, wie das Angebot tatsächlich gestaltet werden muss in Zukunft. Und da ist Sparpotenzial vorhanden. Und wenn jetzt die Finanzdirektion unter Ernst Stocker sich diese Ziele setzt mit den 134 Millionen, muss ich einfach sagen: Als ehemaliger Volkswirtschaftsdirektor wird er ja offenbar gesehen haben, dass es Speck oder Fleisch am Knochen hat und diese 134 Millionen begründet sind. Deshalb unterstützt die SVP diesen Antrag. Dankeschön.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Die Grünliberalen stehen für einen schonenden Umgang mit allen Ressourcen, und dazu gehören für uns selbstverständlich auch die kantonalen Finanzen. Dies haben wir bei der Unterstützung zahlreicher Budget- und KEF-Anträge in den letzten Jahren bewiesen und werden das auch heute tun, unter anderem mit der Unterstützung der meisten Anträge der FIKO. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen folgen wir den Anträgen der FIKO aber nicht blindlings. Ich bin stolz darauf, dass wir in unserer Fraktion auch inhaltliche Argumente diskutieren konnten, und da geht es nicht nur um Details, Christian Lucek, sondern um Fakten, die mehr gewichtet wurden als sture Ideologien. So war mir auch das Schicksal anderer Mitglieder der Kommission erspart, die dieser KEF-Erklärung zur Finanzierung des ÖV unter grossem Kopfschütteln und Achselzucken zustimmen mussten.

Einige Fakten zum Hintergrund dieser KEF-Erklärung haben Sie ja schon gehört. Sie wissen von den 120 Millionen, die aufgrund FABI an den Bund überwiesen werden müssen und diese Leistungsgruppe belasten. Sie kennen einige Konsequenzen und es werden Ihnen sicher noch Details dazu aufgetischt, welche Buslinien gestrichen werden müssten, wenn in dieser Leistungsgruppe ÖV wirklich eine Saldoreduktion um sage und schreibe 36 Prozent per 2019 erzielt werden müsste.

Ich möchte mich nicht weiter dazu auslassen, sondern auch an die Glaubwürdigkeit des Kantonsrates appellieren. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, können doch nicht gleichzeitig dem ZVV den Rahmenkredit 2016/2017 (*Vorlage 5124*) sowie die ZVV-Strategie bis ins Jahr 2021 (*Vorlage 5213*) bewilligen und gleichzeitig einen Sparauftrag geben, der diesen beiden Beschlüssen diametral entgegensteht. Und Sie können sich nicht darüber beklagen, dass der Regierungsrat in der Vergangenheit unsere KEF-Erklärungen nicht ernst genommen hat, und jetzt KEF-Erklärungen formulieren, die man wirklich nicht ernst nehmen kann.

Die Grünliberalen stehen für sinnvolle Sparaufträge und eine glaubwürdige Politik. Diese KEF-Erklärung gehört nicht dazu und wir lehnen sie ab.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Der Aufwandzuwachs im Konto 5210 entspricht dem Volkswillen. Wir hatten vor kurzen eine Volksabstimmung zu FABI, das Zürcher Volk hat dieser Vorlage zugestimmt, im Wissen darum, dass es den Kanton etwas kosten wird. Aus diesem Grund gab es auch ablehnende Stimmen zu dieser Vorlage, aber das Volk des Kantons Zürich hat sich dazu bekannt, dass es hier einen Mehraufwand gibt. Das ist der Volkswille, er ist zu respektieren. Es sind nicht einfach irgendwelche «durchgeknallten» Regierungsräte, die ihre Kosten nicht im Griff haben. Es ist der Volkswille, der zu respektieren ist. Dann hat uns Frau Bürgin (*Yvonne Bürgin*) ja gesagt, man könne ja dann in der Volkswirtschaftsdirektion sonst noch sparen. Sie verlangen hier eine Reduktion von 134 Millionen in der Volkswirtschaftsdirektion. Also wenn Sie das Generalsekretariat streichen, das Amt für Verkehr streichen, das AWA (*Amt für Wirtschaft und Arbeit*) streichen, noch nicht einmal bei einer vollständigen Streichung aller anderen Leistungsgruppen kommen Sie auch nur annähernd auf dieses Volumen. Darum reicht es nicht mehr, nur einfach lesen zu können, man sollte auch rechnen können. Und ich verlange von der FIKO, bitte sehr, dass man sich beispielsweise entscheidet, ob

man über den Saldo oder ob man über den Ertrag diskutieren will. Beispielsweise in der KEF-Erklärung 34 reden Sie von Saldo, gehen aber auf den Aufwand ein. Das TBA (*Tiefbauamt*) hat nun einmal per Definition Saldo null und Sie können nicht null auf unter null bringen, das geht einfach nicht. Ich würde Sie noch nicht einmal für meine Betriebsbuchhaltung einstellen, zumindest die Mehrheit der FIKO nicht. Es ist wirklich eine Schande, was Sie hier bieten.

Nun, die einzige Sparmöglichkeit haben Sie beim ZVV. Sie haben den Kostendeckungsgrad, die Liste, bekommen. Sie können von unten her anfangen zu streichen, bis Sie den Saldo beieinander haben. Dazu ist eine Änderung der Gesetzgebung nötig, wir haben eine Angebotsverordnung, wir haben ein Gesetz über den öffentlichen Verkehr. Dieses müssen Sie ändern. Und wenn dann die Alternative Steuererhöhung oder Abbau des Busnetzes auf dem Land ist, Versenkung der Zürichseegesellschaft – in diese Volksabstimmung gehe ich gerne. Aber diese Volksabstimmung müssen Sie suchen, da habe ich kein Problem. Es ist aber ein bisschen Arbeit und auf das Planjahr 2017 schaffen Sie das nicht. Vielleicht ist der Regierungsrat etwas schlauer und denkt um ein, zwei Kanten herum, beispielsweise Finanzierung mit der Reduktion des Pendlerabzuges, beispielsweise haben wir eine parlamentarische Initiative zum Strassengesetz, per Zufall von mir, die bereits in der Verarbeitung ist (*KR-Nr. 321/13*). Hier kann man auch etwas beim Strassenfonds machen, beispielsweise den LSVA-Anteil (*Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe*) im Rahmen seiner Zweckbindung in den strassengebundenen ÖV, sprich Busverkehr, reinstecken. Man kann um die Ecken denken, aber es geht nicht, dass man einfach das auf eine Leistungsgruppe oder eine Direktion reduziert. Von daher: Schwachsinn. Ablehnen.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Es wurde schon einiges gesagt, wie sensibel und diffizil das ganze System beim ÖV ist. Ich möchte mich daher auf einen kurzen Abschnitt beschränken. Wenn der Vergleich vom gefährlichen Links-oder-rechts-vom-Pferd-Fallen irgendwo zutrifft, dann hier. Das Fatale ist nur, dass Sie sich mit diesem Antrag nicht auf dem Pferd oder auf dem Zug werden halten können. Niemals kann es funktionieren, wenn mit der Brechstange in einem solch sensiblen Gefüge einfach nur noch einseitig eingefordert und damit die Kunden brüskiert werden. Der Sturz vom Pferd auf der rechten Seite wird brutal hart und ernüchternd ausfallen, das garantiere ich Ihnen. Hals- und Beinbruch wird die Folge sein. Den Hals brechen Sie mit Ihrer Forderung den unrentablen Buslinien auf dem Land – und das sind sehr viele. Und den Hals brechen Sie auch den Zuglinien,

ebenfalls vor allem auf dem Land, sie werden sehr bald tot sein. Und Beinbruch wird es für den motorisierten Individualverkehr geben mit einem Verkehrskollaps nie gekannten Ausmasses auf der Strasse.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Wer einen Berg besteigen will, der muss eine saubere Planung machen, die alle Aspekte berücksichtigt. Die Bergspitze wurde durch den Regierungsrat auf Seite 17 aufgezeigt. Wenn wir also diese Bergspitze verfolgen wollen, dann müssen wir alle Aspekte ausleuchten und nicht gewisse Aspekte ausblenden. Wir befinden uns jetzt auf dieser Bergtour in der Planungs- und Erkundungsphase. Die Umsetzungsphase, also das Besteigen, ist dann, wenn wir den Weg genau wissen, die Anpassung der Gesetze und die verschiedenen Diskussionen, die folgen werden. In diesem Sinn sprechen wir hier von einem Gesamtpaket, um das wir diskutieren, und nicht um einzelne KEF-Erklärungen. Und eine kleine Bemerkung: Es wurde immer von Aufwandreduktion gesprochen. Es gibt auch Mehrertrag, den man in die Diskussion einfliessen lassen könnte. Die FDP wird die KEF-Erklärung unterstützen. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Absurdität kennt keine Grenzen. Bei diesem Kürzungsantrag von 134 Millionen Franken jährlich beim öffentlichen Personenverkehr scheint die FIKO nicht einmal rot zu werden. Wir haben es gehört: Man kann die Fahrpreise erhöhen, wir können das ZVV-Netz ausdünnen, es ist wirklich absolut absurd. Ein prosperierender Kanton Zürich braucht einen gut ausgebauten und kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr. Das muss uns etwas wert sein. Hätten wir dies nicht, würden wir innert kürzester Zeit in stinkenden Autoblechlawinen versinken. Diese KEF-Erklärung tut nicht nur uns und unseren Portemonnaies nicht gut, wenn es nämlich Fahrpreiserhöhungen gibt, sondern schadet auch massiv der Umwelt. Die Alternative Liste lehnt diesen absurden Kürzungsantrag ab.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Wir sind stolz auf unseren öffentlichen Verkehr und wir werden zu Recht von unseren Nachbarn, vielmehr von vielen Regionen auf der ganzen Welt, um unser Angebot im öffentlichen Verkehr beneidet. Und wir – da bin ich überzeugt, dass ich für eine grosse Mehrheit der Zürcher Bevölkerung spreche – wollen auch bei einem wachsenden Kanton auf unseren öffentlichen Verkehr stolz sein. Und diesen Stolz wollen wir mit diesem Antrag nun negieren? Nein, der Antrag wird unseren öffentlichen Verkehr und damit unseren Stolz kaputt machen.

Nun habe auch ich mich mit der Funktionsweise der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und mit der Leistungsgruppe 5210 genauer auseinandergesetzt. Ganz wichtig ist hierbei das Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr, 740.1, zu kennen. Darin empfehle ich Ihnen, den Paragrafen 26 Absatz 2 zu studieren. Wenn der Kanton seinen Beitrag an die Unterdeckung senkt, machen dies die Gemeinden für ihre Hälfte auch. So sind vielleicht ein paar Gemeinden glücklich, der öffentliche Verkehr hat aber gleich den doppelten Betrag weniger zur Verfügung. Oder nehmen Sie den Paragrafen 31, der den Kantonsrat verpflichtet, jährlich 70 Millionen in den Verkehrsfonds zu zahlen. Dies haben wir mit dem Betrag von 16,6 Millionen für das Jahr 2016 bereits sträflich unterschritten. Wenn wir das über viele Jahre – und diese KEF-Erklärung bezieht sich ja über drei Jahre – so machen, dann ist der Verkehr ziemlich schnell abgebaut, auch wenn die aktuell eingelegte knappe Milliarde nach sehr, sehr viel tönt. Dann sollten wir uns da noch mit der Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr, 740.3, befassen. Darin ist in Paragraf 4 festgelegt, dass jedes zusammenhängende Siedlungsgebiet von mindestens 300 Einwohnern, Arbeits- oder Ausbildungsplätzen mit mindestens einer Haltestelle zu erschliessen ist. Und in Paragraf 11 Absatz 2 ist festgelegt, dass das Angebot pro Linie und Richtung mindestens zwölf Kurse pro Tag umfassen muss. Natürlich, wir können diese Gesetze ändern und so das Angebot ausdünnen. Aber wie Sie von der anderen Ratsseite dies per 2017 machen wollen, fällt mir schwer zu glauben.

Auch der Regierungsrat macht sich bereits Gedanken, vertiefte Gedanken, welche Gesetze er ändern will und wie er diese Gesetze ändern will. Aber der Regierungsrat ist stolz auf unseren öffentlichen Verkehr und wird sich diesen nicht so leichtfertig zusammenstreichen lassen, sodass das Gesamtsystem am Ende nicht mehr funktioniert. Zur Auswahl, was zusammengestrichen werden soll, haben wir ja nun die Liste mit einer Antwort zur dringlichen Anfrage 301/2015 erhalten, welches Angebot von einer Streichung gefährdet ist. Da sind nun auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte der betroffenen Wahlkreise ganz direkt gefordert. Auch mit diesem Antrag verknüpft ist das Geschäft 5214, der Rahmenkredit für den ZVV. Wer diese KEF-Erklärung unterstützt, muss den Rahmenkredit eigentlich ablehnen. Denn er fällt 2017 in dieselbe Periode und betrifft die gleiche Leistungsgruppe. Aber ich bin beruhigt, dass dies nicht passieren wird, da wir in der Schlussabstimmung in der KEVU dem ZVV unsere Unterstützung versprochen haben.

Und zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass ein Zusammenstreichen beim öffentlichen Verkehr eine «Spitzenmassnah-

me» für den motorisierten Individualverkehr ist. Also können wir unsere Umweltschutzziele in den Bereichen Lärm und Luft gleich vergessen. Oder ich freue mich auf die vermehrten Facebook-Posts von Menschen aus dem Stau. Und über die Platzverhältnisse in den Zentrumsgebieten und die Probleme der Gewerbefahrten will ich mich ja gar nicht auslassen, aber auch hier werden wir sicher in weiteren Ratsdebatten darauf eingehen. Bitte lehnen Sie diesen Knebelantrag ab und bleiben wir stolz auf unseren öffentlichen Verkehr. Danke.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Sie haben von Kollega Hoesch genau erklärt erhalten, wie das System funktioniert. Ich stelle fest, die FIKO hat in ihrer grossen Mehrheit nicht verstanden, wie die Leistungsgruppen, die unsere Kommission bearbeiten muss, funktionieren. Was ist von einer Finanzkommission zu halten, die nicht weiss, wie die wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen im Kanton Zürich finanziert werden? Es ist, zugegeben, nicht ganz einfach zu verstehen, wie ein ZVV funktioniert, wie er finanziert wird.

Und da muss ich auch unsere Präsidentin (*Rosmarie Joss*) noch ein bisschen korrigieren, aber in meinem Sinne: Sie hat gesagt, ein Drittel des Geldes werde beim ZVV auf diese Weise weggespart. Es sind zwei Drittel. Wenn die Gemeinden gleich viel, wie von der FIKO erfunden, auch noch sparen können, dann fallen von 350 Millionen ZVV-Unterdeckung 260 Millionen weg, zwei Drittel der Aufwendungen fallen weg. Dass das nicht funktioniert, ist ja offensichtlich.

Ich muss aber auch den Regierungsrat hier kritisieren, natürlich nicht den bedauernswerten Herrn Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*), der ist zu bedauern, dass er hier stellvertretend sitzen muss. Wie ist eine Regierung zu beurteilen, die von diesen drei Ausgabeposten nicht merkt, dass man die gar nicht wegsparen kann, dass man auf diese famose Seite 17 «134 Millionen im öffentlichen Verkehr» hinschreibt, wenn man genau weiss, dass man das weder beim Zürcher Verkehrsverbund noch bei den beiden weiteren Posten, die beide gesetzlich gebunden sind, wegsparen kann? Das ist mir völlig unverständlich. Natürlich noch viel unverständlicher war der Sermon von Frau Bürgin und Frau Frey. Sie haben absolut nicht verstanden, worum es geht. Und wenn Herr Zeugin (*Michael Zeugin*) sagt «Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung»: Herr Zeugin, ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass Ihre Präsenz in der KEVU dominiert worden wäre von Bewusstsein über diese gewaltige Herausforderung. Sie sind schon längere Zeit Referent der KEVU beziehungsweise bei uns Referent der FIKO. Ich habe noch nie irgendwelche Fragen oder

Einwände oder gar Anträge, zu denen Sie ja berechtigt wären, gehört. In den ganzen 16 Jahren, die ich im Rat bin, hat die FIKO noch nie von ihrem Recht Gebrauch gemacht, sich über irgendwelche Ausgabeposten in Sachkommissionen schlau zu machen, Rückweisungsanträge zu stellen, solange das noch möglich gewesen wäre, oder Mitberichte zu verfassen. Noch nie! Und die Referenten in all diesen vielen Jahren haben schweigend dagesessen, wenn sie überhaupt gekommen sind, haben keine Fragen gestellt, haben in der FIKO – das hat man in den Protokollen nachlesen können – nicht berichtet aus der jeweiligen Kommissionssitzung. Das ist eine erbärmliche Leistung und ich sehe mit Grausen einer Stärkung dieser FIKO entgegen, wie die Revision des Budgetverfahrens es ja vorsieht. Da müssen wir uns wirklich noch einmal Gedanken machen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 7 mit 90 : 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

8

GD, Leistungsgruppe 6300, Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 228 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-1082.5	-1207.4	-1241.3	-1371.4	-1402.4	-1435.1
neu:	-1082.5	-1207.4	-1241.3	-1143.4	-1174.4	-1207.1

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Ich spreche hier zu allen unüberlegten Anträgen der Finanzkommission, 8, 9 und 10, sprich zu den Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion.

Was die EDU gerne tut, das können auch wir in der SP – vielleicht nicht ganz so sattelfest – das Zitieren aus der Bibel: «Jesus aber sprach: Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun.» Ich sage Ihnen gerne, was Sie hier tun, liebe bürgerliche Mehrheit in der Finanzkommission: Sie planen mit diesen KEF-Anträgen, in den nächsten drei Jahren die Gesundheitsversorgung auszubluten. Bei der somatischen Akutversorgung, 6300, möchten Sie jährlich 16 Prozent

einsparen. Bei der Psychiatrischen Versorgung, 6400, sind es 12,5 Prozent. Und bei den Beiträgen an die Krankenkassenprämien, 6700, sind es zwischen 15 und 17 Prozent. Jetzt können Sie sich hoffentlich etwas vorstellen, was das bei einer Annahme dieser KEF-Anträge für die Gesundheitsversorgung in diesem Kanton bedeuten würde. Wenn Ihnen Zahlen nicht reichen und ich nehme an, dies wird so sein, mache ich folgend ein paar Beispiele:

Fangen wir doch einmal an bei der Leistungsgruppe 6300, es handelt sich dort um den Kern der Gesundheitsversorgung: 228 Millionen jährliche Einsparung bedeuten dort die komplette Streichung der Subventionen der gemeinschaftlich-wirtschaftlichen Leistungen. Das heisst, die Spitäler müssen beispielsweise die teilweise defizitären Leistungen im kindermedizinischen Bereich – dies als Beispiel – selber stemmen. Das würde vor allem das Kispi (*Kinderspital*) massiv spüren. Herr Vogel (*Thomas Vogel*), als Stiftungsrat der Eleonorenstiftung, zur Information für Sie: Beiträge an neue Projekte und Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung, die allenfalls längerfristig zu Einsparungen führen können, gibt es nicht mehr. Ein Krebsregister wird nicht mehr finanziert. Da die gemeinwirtschaftlichen Leistungen im KEF jedoch nur 43 Millionen jährlich sind, müssten immer noch über 80 Millionen weiter eingespart werden. Dann sind wir beim Anteil des Kantons an den stationären Leistungen der Zürcher Patientinnen und Patienten. Wie, bitte, soll das denn genau gehen? Ich weiss es nicht, ausser wir rationieren die Gesundheitsversorgung – bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerungszahl notabene – und dies wird dann schnell mal verfassungswidrig, würde ich sagen.

Die andere Möglichkeit ist: Der Kanton gibt seinen beiden Spitälern, die er ja im Moment noch hat, eine Gewinnsteigerung vor. Sie können rechnen, wie viel das sein müsste. Zur Erinnerung: Die KSW-Gewinnverwendung (*Kantonsspital Winterthur*) war letztes Jahr 5,3 Millionen, das wären dann in etwa 3000 Prozent.

Ich mache noch ein Beispiel zum Antrag 10, jährlich 64 Millionen Verbesserung bei den Beiträgen an die Krankenkassenprämien. Wenn wir dies nun je zur Hälfte auf die individuelle Prämienverbilligung beziehungsweise auf die Prämienübernahme überwälzen, brechen wir als Erstes mal Bundesgesetz, KVG (*Krankenversicherungsgesetz*), Artikel 65, und im Weiteren dann das von uns als Gesetzgeber selbst verabschiedete EG KVG (*Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz*) Paragraf 18. Wir kommen unseren gesetzlichen Verpflichtungen also nicht mehr nach. Nehmen wir an, das Bundesgesetz würde entsprechend geändert oder das EG KVG von uns, dann müssen Sie mir einfach sagen, was wir mit diesen circa 85'000 Personen

machen, welche bis anhin individuelle Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungsprämienverbilligungen oder gar Prämienübernahmen erhalten haben und diese nach diesem KEF-Antrag Nummer 10 nicht mehr erhalten würden. Eine Idee wäre zum Beispiel, das Geld den Gemeinden nach der Prämienübernahme nicht mehr rückzuerstatten. Nun ja, Gemeindevertreterinnen und -vertreter hier drin, Sie würden sich sicher freuen. Ich weiss nicht, wie eine Gemeindevertreterpartei wie die FDP und die SVP solche Anträge unterstützen, ja einreichen können.

So, ich glaube, das sollte nun reichen, dass wir hier nochmals in den nächsten Minuten über die Bücher gehen, dass Sie Ihre Verwirrungen und Irrungen erkennen und dann die Ablehnung der KEF-Anträge 8, 9 und 10 vornehmen.

Kathy Steiner (Grüne, Zürich): Auch ich spreche zu den Anträgen 8, 9 und 10 zusammen. Die Gesundheitskosten explodieren und die Politik streitet sich schon lange, wie das Kostenwachstum eingedämmt werden könnte. Dass die Einführung des DRG-Systems (*Diagnosis Related Groups*) absolut keine bremsende Wirkung gebracht hat, wird heute auch von der bürgerlichen Seite erkannt. Krankenkassen, Spitäler, Ärzte und Ärztinnen stehen in erster Linie im Marktwettbewerb und müssen sich dort gegen Konkurrenz behaupten. Die Folge davon ist Wachstum auch bei den Gesamtkosten. Wir Grünen sind im Hinblick auf die Leistungsüberprüfung sehr gespannt darauf, welche Sparvorschläge der Regierungsrat im Gesundheitsbereich präsentieren wird. Wir erwarten eine fundierte Prüfung der einzelnen Leistungen und auch, dass die langfristigen Auswirkungen einzelner Sparmassnahmen ausführlich aufgezeigt werden. Im sensiblen Bereich der Gesundheitsversorgung und bei der Krankenkassenprämienverbilligung ist es wichtig, dass nicht mit dem Rasenmäher gespart wird. Warten wir die Leistungsüberprüfung ab und entscheiden dann!

Die Grünen lehnen diese KEF-Erklärung ab.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Auch die Alternative Liste wird diese KEF-Erklärung ablehnen. Ich stelle einfach fest, dass die FIKO zwischen 2017 und 2019 jährlich 228 Millionen Franken bei der Spitalfinanzierung einsparen will. Wir wissen alle, dass es sich hier mit Ausnahme der gemeinwirtschaftlichen Leistungen um gebundene Ausgaben handelt. Es sind gebundene Ausgaben, die im Bundesrecht, das heisst im KVG, vorgegeben sind. Wir können hier also, selbst wenn wir möchten, nichts ändern. Selbst wenn wir die gesamten Subventio-

nen nach Paragraph 11 SPFG (*Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz*) kürzen würden, dann würden immer noch jährlich 185 Millionen verbleiben, die gespart werden müssten. Mein Fazit: Die geforderte Summe kann so gar nicht eingespart werden. Und zweitens: Sie kann nur teilweise eingespart werden, wenn auf alle Subventionen gemäss Paragraph 11 verzichtet wird. Das heisst, es müsste komplett auf die Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten verzichtet werden. Angesichts des Ärztemangels in der Schweiz wäre das aber ein gesundheitspolitisches Harakiri. Dann steht dieser KEF-Antrag auch schief in der Landschaft, weil wir letzte Woche eigentlich einhellig der Meinung waren, dass wir dem Interkantonalen Konkordat über die Weiterbildung beitreten wollen.

Weiter würde das bedeuten, wenn wir die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler streichen würden, dass auch die Beiträge an die Hochspezialisierte Medizin gestrichen würden. Käme also dieser KEF-Antrag durch, würde dies bedeuten, dass quasi der Entscheid heute hier gefällt würde, ob die Herzchirurgie nach Lausanne, Bern oder Zürich kommt. Es wäre klar, dass dann Zürich aus dem Rennen wäre.

Ich stelle fest, dass es sich ohne grossen gesundheitspolitischen Sachverstand vermutlich am billigsten sparen lässt. Wir lehnen diesen KEF-Antrag ab.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 8 mit 104 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

9

GD, Leistungsgruppe 6400, Psychiatrische Versorgung

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 30 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-194.1	-212.5	-220.3	-234.5	-240.0	-242.5
neu:	-194.1	-212.5	-220.3	-204.5	-210.0	-212.5

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 9 mit 104 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

10

GD, Leistungsgruppe 6700, Beiträge an Krankenkassenprämien

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 64 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-340.1	-341.8	-352.8	-373.8	-388.9	-406.1
neu:	-340.1	-341.8	-352.8	-309.8	-324.9	-342.1

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste lehnt diesen KEF-Antrag ab. Seitens der AL sind wir erstaunt, dass die Geschäftsleitung diese KEF-Erklärung überhaupt zugelassen hat, denn die Erfüllung dieses KEF-Antrags bedingt gezwungenermassen eine Änderung des EG KVG. Denn der gesetzlich vorgeschriebene Anteil des Kantons von mindestens 80 Prozent des Bundesbeitrags wird bei einer Kürzung um jährlich 64 Millionen Franken nicht mehr erreicht. Der kantonale Anteil würde dann noch ungefähr zwischen 69 und 70 Prozent in den Jahren 2017 bis 2019 schwanken.

Ich bitte doch die FIKO, dass sie den parlamentarischen Anstand respektiert und für Gesetzesänderungen die dafür nötigen parlamentarischen Instrumente verwendet. Mit irgendwelchen Hüftschüssen werden bloss die KEF-Anträge diskreditiert.

Hans Peter Häring (EDU, Wettswil a. A.): Die Reduktion der IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*) um 64 Millionen kann nicht ohne die Änderung des Einführungsgesetzes zum KVG, Paragraph 17, vorgenommen werden. In diesem Artikel wird der Kantonsanteil auf mindestens 80 Prozent festgelegt. Die beantragte Reduktion von 64 Millionen geht über diesen Mindestanteil von 80 Prozent hinaus. Von diesem Sparantrag sind vor allem Familien mit geringem Einkommen betroffen. Zudem reduzieren wir mit dieser Senkung die entsprechenden Beiträge des Bundes. Wir lehnen deshalb diesen KEF-Antrag ab. Danke.

*Abstimmung***Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 10 mit 105 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.**

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben jetzt einen Drittel der KEF-Erklärungen behandelt. Und es wurde heute Morgen im Treppenhaus ein solches Armband (*die Ratspräsidentin hält das Armband hoch*) von einem Fitnesszentrum, Hallenbad oder wofür auch immer der Badge ist, im Treppenhaus gefunden, vielleicht auch von der Zürcher Kantonalbank. Er könnte hier abgeholt werden.

11

Bl, Leistungsgruppe 7200, Volksschulen

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 20 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-404.9	-415.4	-414.4	-428.5	-432.5	-435.3
neu:	-404.9	-415.4	-414.4	-408.5	-412.5	-415.3

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Ich spreche als Präsident der Bildungskommission gleich zu den Anträgen 11, 12 und 13, also Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung.

Die KBIK tat sich etwas schwer mit den drei KEF-Erklärungen der FIKO, denn nach Aussage der Bildungsdirektion stimmen die Zahlen, die die FIKO hier angibt, eben nicht. Uns wurde seitens der Bildungsdirektion dargelegt, dass der Regierungsrat einen sogenannten einlaufenden Anstieg der Sparbeiträge vorsieht. Nur schon weil das Schuljahr erst im August beginnt, könne im Jahr 2017 nicht schon der Totalbetrag von 20 Millionen Franken bei den Volksschulen eingespart werden, sondern geplant seien 13 Millionen Franken für das Jahr 2017, 17 Millionen Franken für das Jahr 2018 und erst im Jahr 2019 die 20 Millionen. Effektiv soll also der Saldo für die Volksschule bei circa 415 Millionen Franken eingefroren werden.

Auch bei der Leistungsgruppe 7301, Mittelschulen, hat uns die Bildungsdirektion andere Zahlen angegeben, nämlich Einsparungen von 12 Millionen für das Jahr 2017, 15 Millionen Franken für das Jahr

2018 und 18 Millionen erst im Jahr 2019. Der Saldo würde dann bei 360 Millionen Franken konstant gehalten.

Nur bei der Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung, dort stimmen die Zahlen mit denen der Bildungsdirektion auch überein.

Weil jetzt die Anträge bei der KBIK sehr kurzfristig eingingen, konnte die Kommission allerdings keine Rückfragen zu diesen Unstimmigkeiten, zu den aus unserer Sicht falschen Zahlen bei der FIKO tätigen. Das bestätigt natürlich, was wir heute bereits mehrfach gehört haben, dass es eben gerade auch bei solchen Anträgen wichtig ist, die entsprechende Direktion oder auch die Kommission beizuziehen.

Angesichts dieser Unklarheiten mit den Zahlen und nachdem der Regierungsrat die Leistungsüberprüfung eingeleitet hat und im KEF für bestimmte Leistungsgruppen bereits konkrete Sparziele genannt werden, war sich die KBIK nicht einig, ob diese KEF-Erklärungen der FIKO überhaupt nötig beziehungsweise aufgrund der formellen Schwierigkeiten zu unterstützen sind. Die Mehrheit der KBIK hat aber schliesslich mit acht zu sieben Stimmen Zustimmung signalisiert, unter dem Vorbehalt, dass die Zahlen gemäss den Angaben der Bildungsdirektion zu korrigieren und zu verstehen sind. Die KBIK versteht die Zustimmung als ein politisches Zeichen, als Unterstützung für den vom Regierungsrat eingeschlagenen Sparkurs, nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Im Sinne der Ratseffizienz spreche ich ebenfalls gleich zu allen drei KEF-Erklärungen 11, 12 und 13.

An die Gegner dieser drei KEF-Erklärungen kann ich nur sagen: Seht es als Chance und nicht als Gefahr. Verlasst eure Wohlfühl-Oase, löst euch von eurer Vollkasko-Mentalität und gebt euch selber eine Chance, die Leistungen kritisch zu hinterfragen. Das Bildungssystem hat in den letzten Jahrzehnten viel Fett angesetzt. Die Lehrpersonen sollen sich auf das Schule-Geben konzentrieren. Die Eltern sollen ihre Aufgabe als Erziehungsberechtigte wahrnehmen. Wir müssen aufhören, dass die Schule und deren Personal alles Mögliche lösen sollen, was die Eltern nicht wollen beziehungsweise «vergeigt» haben. Diese Vollkasko-Mentalität wird nämlich hauptsächlich durch die Allgemeinheit finanziert, und das immer unter dem schönen Deckmantel der Chancengleichheit. Hören Sie ebenfalls auf, Begriffe zu verwenden, die es im realen Leben nicht gibt. Unser Schulsystem bietet bereits heute und schon seit langem das Gebot, dass alle dieselbe Chance haben, sie muss nur gepackt werden. Und mit dem Gutmenschen-Spielen helfen wir unseren Kindern definitiv nicht. Das Leben besteht

aus Herausforderungen. Und nur wenn wir immer wieder gefordert werden, können wir uns weiterentwickeln. Oder wollt ihr stehenbleiben? Vielleicht sollten wir einmal dahingehend diskutieren und nicht immer alles als Problem betrachten, sondern auch einmal einen Willen zur Optimierung zeigen.

Nun muss ich noch etwas über die Finanzen sagen. Was am «Tag der Bildung» bewusst unterschlagen wurde, leider hat auch die Presse dazu geschwiegen und lieber die gewerkschaftlich organisierten Auswüchse kommentiert, als kritisch zu hinterfragen: Es ist so, dass der kumulierte Nettoaufwand bei den Volksschulen, Berufsschulen und Mittelschulen, ohne Universität, sage und schreibe rund 2000 Millionen Franken beträgt. Das heisst: Wenn wir den KEF-Erklärungen zustimmen, geben wir weiterhin rund 2000 Millionen Franken netto aus. Der am «Tag der Bildung» gepriesene Kahlschlag existiert nicht, oder sind 2000 Millionen nichts? Nur der Nettoaufwand wird um 49 Millionen nicht erhöht. Wir sind überzeugt, dass mit der Leistungsüberprüfung die Direktion nun die Möglichkeit erhält, ihre Leistungen zu hinterfragen und etwelche alte Zöpfe, die über Jahrzehnte gewachsen sind, abzuschneiden und dafür die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Wir nehmen die Chance wahr. Tun Sie dasselbe und stimmen Sie den KEF-Erklärungen zu. Danke.

Monika Wicki (SP, Zürich): Der Saldo der Erfolgsrechnung soll jährlich um 20 Millionen verbessert werden im Bereich der Volksschule. Weniger Geld ausgeben in Zeiten steigender Schülerzahlen ist unlogisch, das nennt man nicht Sparen, nicht Kosten einfrieren, sondern Leistungen abbauen. Zum geplanten Leistungsabbau zunächst ein paar Stimmen aus dem schulischen Umfeld. Im Bildungsmanifest heisst es: Mit diesem Abbau entzieht der Kantonsrat der heutigen und künftigen Jugend die Chance auf bestmögliche Ausbildung. Dem Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz/Zürich wird der Nachwuchs entzogen. «Unser Bildungssystem ist etwas vom Wichtigsten für den Wirtschaftsstandort», sagt auch Herr Hösly (*Balz Hösly*), der frühere FDP-Kantonsratsfraktionschef, heute Präsident der Standortmarketing-Organisation Greater Zurich Area. Für Firmen, die sich im Wirtschaftsraum Zürich ansiedeln wollen, ist die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Personen entscheidend. Man dürfe unter keinen Umständen an der Bildungsfront sparen, bei den Lehrerlöhnen oder auch in der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen. Auch grössere Schulklassen seien für ihn keine annehmbare Lösung. Und Michael

Hengartner, der Rektor der Universität Zürich, sagt zum Bildungsabbau: «Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass Bildung und Forschung sich langfristig auszahlen und die Grundlage für den Erfolg von Wirtschaft und Gesellschaft ausmachen.» Wir haben einen jährlichen Anstieg von Schülerinnen und Schülern um rund 8 Prozent. Dieses Wachstum stabilisiert sich zurzeit auf hohem Niveau. Grosse Jahrgänge kommen hinein, aber auch grosse Jahrgänge verlassen die Primarschule.

Wenn man die Vorgabe der Finanzkommission umsetzen, also bei steigenden Schülerzahlen jährlich 20 Millionen tiefere Ausgaben erzielen will, öffnen sich Widersprüche. So werden zum Beispiel zwei Kinder pro Klasse, drei Lektionen oder sinkende Löhne für Lehrpersonen angedacht und als am ehesten wahrscheinlich betitelt. Erhöhen wir die Klassengrössen, muss man sagen: Erstens müsste man das Lehrpersonalgesetz anpassen. Denn erst kürzlich hat das Volk den Gegenvorschlag zur Klassengrösseninitiative angenommen. Da braucht man mehr Lehrpersonen und kleinere Klassen. Der Volkssentscheid war sehr deutlich, darum hat die Bildungsdirektorin auch mehrfach gesagt, dass sie die Klassengrösse nicht anfassen würde. Zu sagen ist aber: Falls man das dann doch angehen würde, dann wird das in den ersten zwei Jahren teurer und nicht günstiger, denn Sozialplankosten müssten kurzfristig bezahlt werden.

Eine Erhöhung von im Schnitt zwei Kindern pro Klasse heisst auch, dass an gewissen Orten drei, vier, fünf Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sein müssen, da es an anderen Orten nicht möglich sein wird, die Klassen zu vergrössern. Wir könnten auch 900 Schülerinnen und Schüler einfach nicht unterrichten, aber auch das lässt das Gesetz nicht zu. Als Alternative könnte das Unterrichtsangebot um drei Lektionen pro Woche reduziert werden. Auch hier muss man sagen: Zuerst müsste man die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen. Problematisch dabei ist auch, dass der Anschluss an die Hochschulen nicht mehr gewährleistet ist. Denn in den meisten Fächern wird jetzt schon nur das Minimum unterrichtet.

Dann weiss man auch – Studien zeigen es –, dass es einen klaren Zusammenhang gibt zwischen der Anzahl Stunden, die jemand in der Schule besucht, und dem Output, also dem Wissen und Können der Schülerinnen und Schüler. Je mehr Schule, desto mehr Wissen, so einfach ist das. Wir würden uns also ins eigene Fleisch schneiden und unser Volk sozusagen für dumm verkaufen.

Wenn wir für die Zukunft bereit sein wollen, dann muss diese Leistungsüberprüfung im Schulbereich abgelehnt werden. Die SP ist für die Zukunft und lehnt den Leistungsabbau ab.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Ich spreche auch gleich zu allen drei Anträgen, die die Bildung betreffen.

Der Kanton Zürich – nochmals – muss sparen. Wir Grünliberale warten nun also gespannt auf konkrete Vorschläge der Regierung. Nach unserer Ansicht soll bei der Bildung dort gespart werden, wo der Unterricht möglichst nicht betroffen ist. Im Gegensatz zu den anderen Parteien wage ich es und mache ein paar konkrete Vorschläge:

Man könnte zum Beispiel bei der Bildungsverwaltung sparen, bei der Bürokratie, den Kosten von Evaluationen, der Qualitätssicherung, die in den letzten Jahren exponentiell angestiegen sind. Wir müssen uns fragen, ob bei den Investitionen und Reformen in den letzten Jahren der Einsatz der Mittel die Schule wirklich nachhaltig verbessert hat. Wir haben uns da doch einiges angeschafft, das unter dem Motto «gut gemeint, wenig bewirkt» abgetan werden kann. Oder wir haben zum Beispiel bei der Sonderpädagogik ein Angebot geschaffen, das nun eine vermehrte Nachfrage generiert. Bei den zukünftigen Reformen wird es vermehrt ein Thema sein müssen, ob diese vom wirtschaftlichen Standpunkt her vertretbar sind. Daneben gibt es vielleicht auch noch die Möglichkeit von Kooperationen von Schulen oder die Strafung des Angebots von Freifächern. Das berühmte «Schoggihasen-giessen» wird nach dem Votum unserer Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) wohl bei allen Schulen vom Stundenplan gestrichen.

Ob die Zielvorgabe von 50 Millionen Spareffekt in der Bildung ohne spürbaren Qualitätsabbau wirklich realistisch ist, bleibt sehr fraglich, kann aber zum jetzigen Zeitpunkt weder von links noch von rechts fundiert beurteilt werden. Die Bildungsdirektorin hat versprochen, die Sparmassnahmen mit den verschiedenen Playern im Bildungsbereich zu besprechen und zu diskutieren und dann die Resultate zu präsentieren. In diesem Sinne unterstützen die Grünliberalen die KEF-Erklärungen 11, 12 und 13. Sie entsprechen dem Sparziel des Regierungsrates, auch wenn sie, wie von Moritz Spillmann angesprochen, einen Denkfehler enthalten. Das Schuljahr beginnt eben erst im August. Aber so wie ich die KEF-Erklärungen verstehe, haben sie sowieso vor allem Signalwirkung. Wie es unser Sprecher der FIKO (*Michael Zeugin*) schon heute Morgen gesagt hat: Wir Grünliberale bezweifeln, dass das Sparpotenzial von 50 Millionen in der Bildung realis-

tisch ist und erreicht werden kann. Wir Grünliberale können aber differenzieren und geben der Bildungsdirektorin mit der Annahme dieser KEF-Erklärungen die Möglichkeit, Sparpotenzial zu finden.

Also, Herr Regierungsrat (*Sicherheitsdirektor Mario Fehr*), wir übergeben Ihnen hiermit den Ball. Sie sind ja ein guter Fussballer, spielen Sie ihn der Bildungsdirektorin zu. Wir sind dann gespannt, was sie mit dem Ball dann anfängt.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen weisen selbstverständlich auch diese KEF-Erklärung zurück. Die FIKO gibt vor, ihrer Regierung den Rücken stärken zu wollen. Was sie vor allem tut: Sie setzt die Volksschule weiter und völlig unnötigerweise unter Druck. Ich erachte eine solche KEF-Erklärung vor allem als eines: als verantwortungslos. In der letzten Woche wurde am WEF (*World Economic Forum*) über die zentralen globalen Herausforderungen der nächsten Jahre diskutiert. Der Global Risk Report 2016 nennt diese klar beim Namen: Klimawandel, Wassernot, soziale Konflikte und Instabilität, unfreiwillige Migration, Cyberangriffe, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und soziale Ungleichheit, Haushaltskrisen. Sie können sich vorstellen, in einem solchen Umfeld wird das unternehmerische Handeln anspruchsvoller, das berufliche Tätigsein von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ebenso. Viele Volkswirtschaften beginnen damit, zusätzliche Ressourcen in den Bildungsbereich zu investieren. Sie wissen, auf dies gibt es als Antwort nur eines: ein steigendes Bildungsniveau.

Ich bin froh, dass Ihr Sparantrag in Bundesbern noch nicht angekommen ist. Im National- und Ständerat ist man sich nämlich einig darüber, dass mehr und nicht weniger in Bildung, Forschung und Innovation investiert werden muss. Der Bundesrat wird diesen Frühling dem Parlament die sogenannte BFI-Botschaft (*Bildung, Forschung und Innovation*) unterbreiten. Man ist sich einig darin: Es braucht mehr Geld in der Bildung und nicht weniger. Die grosse Frage wird nur noch sein, wie hoch die jährliche Wachstumsrate für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovationen in den Jahren 2017 bis 2020 ausfallen soll. Dies alles trotz angespannter Bundesfinanzen. Es gibt eine Alternative zu Ihrem Bildungsabbau. Was Sie hier behaupten, es gebe nur eines: zu sparen, das ist schlicht und einfach falsch. Wir haben immer Alternativen, es gilt diese nur einfach zu packen. Was wir vor allem brauchen, und zwar als Allererstes, ist eine leistungs- und integrationsfähige Volksschule. Da sind wir auf moti-

vierte und kompetente Lehrpersonen angewiesen und auf ein wohlwollendes Schulumfeld.

Als Grüne wehren wir uns dagegen, dass die Schule zum Spielball einer populistischen Politik verkommt. Wir Grünen lehnen diese KEF-Erklärung deshalb ganz entschieden ab. Vielen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Der Regierungsrat wird diesen Frühling detailliert aufzeigen, in welchen Bereichen er bei der Bildung sparen will. Bereits bekannt ist, dass er bei der Volksschule 20 Millionen, bei der Mittelschule 18 Millionen und bei den Berufsschulen 11 Millionen Franken einsparen will. Warum nun die FIKO in vorauseilendem Gehorsam dies nochmals mit KEF-Erklärungen einfordert, können wir nicht nachvollziehen. Nicht nachvollziehen können wir auch, wie die FIKO zu den Zahlenreihen gekommen ist, diese stimmen ganz einfach nicht. Schludrig Arbeiten zahlt sich aber offensichtlich aus, die FIKO hat eine ganz grosse mediale Aufmerksamkeit erhalten. Davon lassen wir, die Alternative Liste, uns nicht blenden. Wir lehnen alle drei KEF-Erklärungen der FIKO ab.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Nach dem fast schon extremistischen Gejammer der letzten drei Referenten oder Votantinnen muss ich mich auch noch zu Wort melden. Hören Sie doch auf zu behaupten, in der Bildung werde gespart. Sie können die Zahlen anschauen im KEF: Selbst nach diesen KEF-Erklärungen bleiben in der Bildung, wenn man die KEF-Erklärungen überweist, die Ausgaben gleich, sie steigen vielleicht noch ein bisschen. Sie bleiben ungefähr gleich. Natürlich sagen Sie jetzt, pro Anzahl Schüler sei das nachher weniger Geld, das man zur Verfügung hat. Aber letztlich wird nicht gespart, sondern es wird der Ausgabenstand plafoniert.

Und jetzt können wir mal überlegen auf dem heutigen Niveau, was man heute schon hat: Wenn man nicht mehr ausgeben will, wo könnte man denn auf dem heutigen Niveau sparen? Und dann kommen wir doch zu ein paar Punkten. Nehmen wir zum Beispiel die 150 Stunden Weiterbildung, die pro Lehrperson bei der Einführung des Lehrplans 21 versprochen werden: 150 Stunden pro Lehrperson, stellen Sie sich vor, was das kostet, und das für einen Lehrplan 21, den die Hälfte der Lehrpersonen gar nicht möchte. Man könnte das einfach sein lassen oder verschieben, das wäre eine Möglichkeit. Die Fachstelle für Schulbeurteilung, schon mehrfach hier drin erwähnt. Wir kommen zur KEF-Erklärung über die QUIMS, die zwar angenehm ist, die viele, die daran beteiligt sind, einbindet, die aber letztlich wenig oder keine Er-

höhung der Berufschancen der Migrantinnen und Migranten bewirkt. Wir kommen zur Sonderpädagogik, wo wir mit Abschaffung der Kleinklassen viel höhere Kosten in den Schulheimen haben. Zu den Mittelschulen: Machen Sie bei den Mittelschulen mal den Schnitt, wo heute die Viereinhalb ist. Viereinhalb gleich Vier in der Note und Sie haben einen Drittel weniger Mittelschüler. Dann haben wir dort kein Schülerwachstum mehr und erst noch eine höhere Qualität. Über solche Dinge könnte man zum Beispiel reden. Jawohl, wir reden über Gesetzesänderungen, die dazu notwendig sind. Wir reden auch über Reglementsänderungen, das ist genau die Leistungsüberprüfung. Es gibt Möglichkeiten, also muss man nicht jammern, sondern man kann die Effizienz erhöhen.

Die Berufsbildung, die ist nach wie vor auf eine Zeit der Lehrstellenknappheit ausgerichtet, die heute in vielen Berufen vorbei ist. Und, Frau Fehr, schlank und effizient ist man für die Krisen, die Sie aufgezählt haben und die wenig mit der Bildung zu tun haben, besser gerüstet.

Jacqueline Peter (SP, Zürich): Eigentlich hatten wir vor, zunächst zu den Volksschulen zu spreche und dann zu den weiteren KEF-Erklärungen im Bildungsbereich. Da jetzt die meisten schon zu allem geredet haben, möchte ich hier noch etwas anfügen, damit nachher auch aus unserer Sicht die Nummern 11, 12 und 13 erledigt werden können.

Nun, «Aufwandproblem» war ein Stichwort, «Zöpfe abschneiden», «Stehenbleiben», «kein Wille zur Optimierung», alles so komische Unterstellungen, die wahrscheinlich einfach auch aus Tradition da genannt werden mussten. Wir sind nicht fürs Stehenbleiben, wir sind nicht dafür, dass man an alten Zöpfen festhalten muss. Auch wir sind dafür, dass wir in der Bildung schauen, wo man sparen kann. Nur wollen wir eben keinen Leistungsabbau. Und da kann Matthias Hauser schon sagen «Ja, es gibt höhere Schülerzahlen, aber das lässt sich problemlos mit weniger Geld bewältigen», also wenn wir jetzt kürzen, dann haben wir nachher wirklich weniger zur Verfügung. Wir haben jetzt hochmotivierte Lehrpersonen, sehr engagiertes Personal auf allen Stufen, die alles geben. Sie können eine Zitrone schon noch mehr ausquetschen, aber irgendwann kommt gar kein Saft mehr, dann können Sie sie wegschmeissen. Im übertragenen Sinn heisst das für die engagierten Lehrpersonen, dass die Motivation sinkt, verschwindet, und dann haben wir je nachdem im Gesundheitsbereich auch mit Folgekosten zu rechnen. Das soll auch mal festgehalten sein.

Über Sonderpädagogik, QUIMS und so weiter können wir auch reden, wenn wir diese KEF-Erklärungen nicht annehmen. Ich möchte einmal mehr festhalten, was wir hier auch schon mehrfach gehört haben: Es ist bereits vom Regierungsrat gegeben, dass diese Sparübung erfolgen soll, dass sie auf den einzelnen Schulstufen schauen sollen, wo sie sparen sollen. Weshalb sollen wir hier Arbeit leisten – Arbeit ist ja auch übertrieben, wir verbraten Sitzungsgelder –, weshalb sollen wir nicht dem Regierungsrat das Vertrauen schenken, dass er hoffentlich – zumindest von «rechtsratiger» Seite – verdient hat? Es ist kein linker Regierungsrat, auch ich möchte das doch nochmals festgehalten haben.

Also, seien Sie doch weitsichtig, vernünftig und klar und lehnen Sie diese Erklärungen einfach ab.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Herr Hauser, bei Ihrem wirklich umfassenden Katalog haben Sie eine Kleinigkeit vergessen und kein Mensch würde verstehen, warum. Herr Lehrer Hauser, Sie haben die Lehrerlöhne vergessen, bei denen könnte man sparen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 11 mit 101 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

12

BI, Leistungsgruppe 7301, Mittelschulen

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 18 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-363.0	-360.6	-363.0	-372.6	-375.2	-378.3
neu:	-363.0	-360.6	-363.0	-354.6	-357.2	-360.3

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen lehnen diese KEF-Erklärung ab. Diese KEF-Erklärung verkennt ein paar Tatsachen, sie ist aber vor allem eines: konzeptionslos. Sie verkennt die Tatsache, dass gerade die Mittelschulen in den letzten 20 Jahren von einem massiven Leistungsabbau betroffen waren: Verkürzung der Mittelschuldauer, Vorverlegung der Matur vor die Sommerferien, Vergrößerung

von Klassen, mehrfache Senkung des Lektionenfaktors, mehrfache zusätzliche Budgetkürzungen, um nur einige Stichworte zu nennen, Mehrfacher Verzicht auf die Stufenanstiege bei den Löhnen der Mittelschullehrpersonen. Es ist schwer vorstellbar, dass ein Leistungsabbau in dieser Grössenordnung keinen Qualitätsabbau zur Folge gehabt haben soll. Es ist auch schwer vorstellbar, dass an den Mittelschulen noch Ballast im Umfang von 20 Millionen Franken pro Jahr abgeworfen werden kann.

Die KEF-Erklärung verkennt aber auch die Tatsache, dass sich die Mittelschulen in den kommenden Jahren mit steigenden Schülerzahlen konfrontiert sehen. Und sie verkennt die Tatsache, dass die Kosten pro Mittelschülerin und Mittelschüler in den letzten 20 Jahren nahezu identisch geblieben sind.

Konzeptionslos ist diese KEF-Erklärung aber vor allem auch deshalb: Die bürgerliche Regierung hat sich den Ausbau des Forschungs-, Wissens-, Gesundheits- und Medizinstandortes Zürich auf ihre Fahne geschrieben. Bei der obersten Bildungsstufe soll also geklotzt werden dürfen, damit man sich im internationalen Umfeld und Wettbewerb behaupten kann. Beim wichtigsten Zubringer, den Mittelschulen vor Ort, soll dafür der Rotstift angesetzt werden. Eine kohärente Bildungspolitik sieht für uns Grüne etwas anders aus. Danke.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Nochmals, Frau Fehr, Sie haben es selbst erwähnt, die Schülerzahlen der Mittelschulen steigen in den nächsten Jahren. Ja weshalb setzen wir dann nicht endlich mal da an, mindestens wenn es jetzt der finanzielle Druck erfordert? Es ist nicht wahr, dass wir mehr Akademiker brauchen. Was wir brauchen, sind mehr Ingenieure. (*Zwischenruf: «Sind das keine Akademiker?»*) Natürlich sind das auch Akademiker, das ist mir schon klar, aber nur eine Sorte (*Heiterkeit*). Wir haben keinen Mangel an Akademikern, wenn Sie die Abgänger der Hochschulen anschauen, wir haben dort einen Mangel an Ingenieuren. Es kommt also drauf an, welche Mittelschüler. Ich habe nicht behauptet, das seien keine Akademiker, es ist eine kleine Nuance, nämlich dass man vielleicht beginnen sollte zu steuern in der Effizienz dieses Systems und nicht einfach sagen kann «Jeder, der Mittelschüler werden will, soll Mittelschüler werden». Der Maturandenanteil ist gestiegen. Und was das zur Folge hat, ist, dass der durchschnittliche Maturand auch dümmmer wird. Wir produzieren nicht mehr, sondern wir produzieren so dümmere Akademiker. Und das hat damit zu tun, dass die IQ-Entwicklung (*Intelligenzquotient*) – Sie können die IQ-Entwicklung betrachten, wie sie wollen –, dass der

IQ nicht steigt in der Gesellschaft. Der lässt sich kaum bilden, der ist vor allem erblich. Und wenn Sie den Maturandenanteil steigern, dann sinkt die durchschnittliche Klugheit oder Intelligenz der Akademiker oder derjenigen, die den Uni-Zugang haben. Und genau das bewirkt es. Wir müssen die Selektionsverfahren in den Mittelschulen anschauen und da soll die Regierung einmal hinschauen: Ist es wirklich wahr? Soll jeder, der heute in eine Mittelschule darf, auch in Zukunft noch gehen können? Ich sage es nochmals: Würden Sie bei den Aufnahmebedingungen dort den Vierer ansetzen, wo Sie heute den Viereinhalber haben, hätten Sie einen Drittel oder mehr weniger Mittelschüler. Das wäre auch ein Ansatz.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Lieber Herr Hauser, nur eine kleine klugscheisserische Bemerkung: Der Durchschnitt des IQ ist per Definition 100. Deshalb ergibt es nicht viel Sinn zu sagen, der Durchschnitt des IQ verändere sich. Was Sie meinen, ist wahrscheinlich die durchschnittliche Intelligenz, aber das ist vielleicht auch nicht etwas, das die Bildung beeinflusst. Relevant wäre vielleicht der Bildungsgrad oder inwiefern die Leute kritisch denken können.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Nur noch schnell, Herr Neukom, dass wir uns richtig verstehen: Ich habe mich falsch ausgedrückt. Ich müsste sagen: Das beste Bildungssystem schafft es nicht, den IQ einer Person um mehr als 15 Punkte zu heben. So ist es richtig.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 12 mit 103 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

13

BI, Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um 11 Mio. Franken verbessert.

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	-372.2	-370.3	-372.2	-382.2	-381.1	-381.3
neu:	-372.2	-370.3	-372.2	-371.2	-370.1	-370.3

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht gewünscht. Halt, es wird doch gewünscht, Frau Fehr, Sie haben es.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen sprechen uns auch gegen diese KEF-Erklärung aus. Sie betrifft die Berufsbildung. Diese KEF-Erklärung ist vor allem eines: Sie ist kurzsichtig. Wenn Sie die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II in unserem Kanton anschauen, stellen Sie fest, dass 77 Prozent eine berufliche Grundbildung absolvieren. Die Wirtschaft beziehungsweise die ausbildenden Betriebe erbringen also eine gigantische Ausbildungs- und ebenso eine gigantische Integrationsleistung. Ihre Ausbildungsentscheide, das müssen wir nicht verheimlichen, sind im Wesentlichen von Kosten-Nutzen-Überlegungen geprägt. Solange es für den Ausbildungsbetrieb rentiert, ist er auch bereit, in ein Lehrverhältnis zu investieren. Davon profitiert aber auch der Staat, in unserem Fall der Kanton Zürich. Für ihn stellt die berufliche Grundbildung die weitaus kostengünstigste Variante der Ausbildung von Jugendlichen dar. Müsste der Kanton Zürich beispielsweise ein Drittel der Lehrstellen mit schulischen Vollzeitangeboten abdecken, würden jährlich 160 Millionen Franken Mehrkosten anfallen. Ein Leistungsabbau in der beruflichen Grundbildung bedeutet schnell einen Leistungsabbau bei den Berufsfachschulen und schnell einen Leistungsabbau beim Berufsschulunterricht. Dieser Leistungsabbau bei den Berufsfachschulen wird in der Regel im Ausbildungsbetrieb spürbar. Ob wirklich jeder Betrieb in der Lage wäre, diesen Abbau zu kompensieren, ist mehr als fraglich. Auf jeden Fall wird ein Leistungsabbau bei der Berufsfachschule die Kosten-Nutzen-Überlegungen der Betriebe unmittelbar beeinflussen. Mit Ihrer KEF-Erklärung nehmen Sie also bewusst auch das Risiko in Kauf, dass sich ein Betrieb gegen ein Lehrverhältnis entscheidet. In diesem Falle müssten Sie dann aber auch die Verantwortung dafür übernehmen, wenn beim Kanton an anderer Stelle Mehrkosten anfallen.

Wir Grünen lehnen eine solch kurzsichtige Politik und damit auch diese KEF-Erklärung ab.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es tut mir leid, Frau Fehr, wenn die drei Herren dort stehen (*zwischen der Votantin und dem Ratspräsidium*), sehen wir nicht, dass Sie die Hand erheben. Und wenn Sie sich nicht anmelden, dann haben wir keine Chance, Ihre Wortmeldung zu sehen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 13 mit 100 : 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

14

*Leistungsgruppe 1000, Regierungsrat und Staatskanzlei**Medienkonferenzen und Medienmitteilungen***Antrag von Hans-Peter Amrein:**

Die Leistungen L7 (Anzahl Medienkonferenzen) und L8 Anzahl Medienmitteilungen werden gesenkt.

L7, Anzahl Medienkonferenzen (Zielwert)

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	62	70	70	70	70	70
neu:	62	70	45	45	45	45

L8, Anzahl Medienmitteilungen

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	289	340	300	300	300	300
neu:	289	340	210	210	210	210

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Seit Januar 2015 steht der Kommunikationsstelle des Regierungsrates ein neuer Chef vor. Deshalb ist heute sicher auch ein guter Zeitpunkt für das Überdenken der Kommunikationshäufigkeit mittels Medienkonferenzen und Medienmitteilungen von Regierung und einzelnen Direktionen. Die Kommunikation von Regierung und einzelnen Direktionen respektive das Schalten und Walten von Pressesprechern, Kommunikationsberatern und Verantwortlichen und deren Ausstrahlung und Wirkung wurde in den letzten Jahren im Kanton Zürich von den Adressaten, das heisst besonders den Vertretern der Presse, den Einwohnern und Gästen, aber auch Gewerbe und Industrie und Politik und weiteren Adressaten im In- und Ausland sehr unterschiedlich wahrgenommen. Dies ist einerseits zu begrüßen, darf und soll doch jede Regierungsrätin und jeder Regierungsrat der Kommunikation ihrer/seiner Direktion den eigenen Stempel aufsetzen und mehr oder weniger, kürzer oder länger, farbiger oder grauer kommunizieren, je nach Naturell, Persönlichkeit und zu kommunizierender Materie. Und doch hat das Ganze seine Grenzen. Es gibt ein Kommunikationskonzept – es muss ein solches geben – und sicher auch viele, viele Richtlinien, wie es doch in der einen oder anderen Direktion auch etwas viele oder, wie manche

Ratsmitglieder feststellen, zu viele Kommunikationsberater gibt, und diese müssen ja irgendwie beschäftigt, aber auch an der Leine gehalten werden. Wohl niemand der schon länger in diesem Rat Sitzenden, welcher nicht schon ein oder mehrere Male das Gefühl hatte oder sogar die Vermutung äusserte, dass es für ein bestimmtes Projekt, Geschäft oder Thema nun wirklich nicht noch eine Pressemitteilung oder Pressekonferenz gebraucht hätte, ja, diese sogar reine Zeit- und Geldverschwendung darstellte und nur oder vor allem dem Zweck der Selbstbestätigung der gerade in einzelnen Direktionen so zahlreich angesiedelten Kommunikationsgilde diene.

Anlässlich von Medienkonferenzen und bei der Erarbeitung von Medienmitteilungen soll wieder dem Grundsatz «Qualität vor Quantität» nachgelebt werden. Zu Medienkonferenzen zum Budget, der Rechnung, dem Legislaturprogramm und den Wahlen lädt der Gesamteregierungsrat die Presse zwingend ein, zu einzelnen Abstimmungen ebenfalls die Kollegialbehörde oder eine einzelne Direktion. Ansonsten aber sind die Medienkonferenzen nur zu strategisch wichtigen Sondergeschäften, nach wichtigen Personalentscheiden und anlässlich von Sonderereignissen abzuhalten. Grundsätzlich sollte pro Woche nicht mehr als eine Medienkonferenz stattfinden.

Auch bei Medienmitteilungen ist künftig mehr Zurückhaltung geboten, maximal eine Medienmitteilung pro Arbeitstag soll im Prinzip genügen. Durch beide mit dieser KEF-Erklärung geforderte Massnahmen können der Beschäftigungsumfang und die Kosten im Bereich Kommunikation auf ein nützliches Mass zurückgefahren werden. Pressekonferenzen und Medienmitteilungen erhalten dadurch wieder die ihnen gebührende Beachtung und Anklang.

Überweisen Sie deshalb bitte sehr aus den vorerwähnten Gründen diese KEF-Erklärung. Ich danke Ihnen.

Renate Büchi (SP, Richterswil): Die SP-Fraktion kann mit dieser KEF-Erklärung gar nichts anfangen. Sie reiht sich ein in die Reihe der unsinnigen, unsäglichen KEF-Erklärungen, die null Wirkung haben und dazu lächerlich sind. Es ist nun wirklich nicht an uns, vorzuschreiben, wann, zu welchem Zeitpunkt, zu welchem Thema der Regierungsrat es für notwendig hält, eine Medienkonferenz einzuberufen oder eine Medienmitteilung zu lancieren. Wir schreiben uns ja auch nicht vor, wie viele Anfragen pro Monat oder pro Jahr wir einzureichen haben. Da gäbe es ja auch manchmal Sparpotenzial, die müssen ja auch immer beantwortet werden. Aber es ist in unserer Kompetenz, wir dürfen das selber entscheiden, wenn wir ein Thema wichtig fin-

den. Und genauso soll es der Regierungsrat halten. Es ist nicht an uns, diese Indikatoren in irgendeiner Form zu ändern. Darum sagen Sie Nein zu dieser wirklich unsinnigen KEF-Erklärung.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Sind Sie der Meinung, dass die Qualität der Medienmitteilungen im Kanton schlecht ist? Sind Sie der Meinung, dass wir mit Medienmitteilungen und Medienkonferenzen überflutet werden? Die meisten von Ihnen haben wohl auch den Newsletter des Kantons abonniert und Sie wissen daher nur zu gut, dass pro Newsletter rund vier bis etwa ein Dutzend verschiedene Medienbotschaften kurz und prägnant zusammengefasst sind, mit einem Link zu weiteren Informationen für interessierte Stellen. Dies wohlweislich gut zwischen den verschiedenen Direktionen koordiniert und durch eine zentrale Medienstelle verschickt. So wurde im letzten Newsletter sowohl über den Massnahmenplan Luftreinhaltung als auch über den mittelalterlichen Münzschatz in Nürensdorf, neben weiteren Themen, informiert. Dies ist nicht selbstverständlich, nicht alle Kantone und grösseren Städte haben einen zentralen Mediennewsticker wie diesen. Mit dieser Dienstleistung zeigen die Regierung und die Direktionen klar und deutlich, dass ihnen bereits heute schon viel an einer guten Informationsqualität und einer massvollen Menge an Medienmitteilungen am Herzen liegt. Und auch 60 bis 70 Medienkonferenzen scheinen den Grünliberalen nicht übertrieben viele zu sein. Wir sind der Meinung, dass die einzelnen Direktionen selber am besten beurteilen können, wann eine Medienmitteilung oder eine Medienkonferenz sinnvoll oder nötig ist.

Und schliesslich schätzen auch wir es, wenn wir gut informiert werden, aber nicht nur wir, die wir schon einen gewissen Informationsvorsprung haben, sondern vor allem auch die interessierte Bevölkerung. Viel schlimmer als ein Zuviel an Information scheint uns ein Zuwenig an Information. Die Bevölkerung ist mündig genug, um sich aus der Informationsvielfalt selber eine eigene Meinung zu bilden.

Die Grünliberalen lehnen die KEF-Erklärung ab. Abgesehen davon ist diese KEF-Erklärung finanzpolitisch völlig irrelevant.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Informationen an die Bevölkerung über Tätigkeiten und Entscheide finden wir, die Grüne Fraktion, wichtig. Es ist wichtig, dass informiert wird. Es ist wichtig und richtig, dass der Regierungsrat über Entscheide informiert, dass der Kantonsrat informiert, dass einzelne Kommissionen informieren oder auch dass die Verwaltung informiert. Zudem gibt es auch nicht planbare

Ereignisse, über die die Bevölkerung informiert werden will, und zwar umgehend und gut, denn es geht relativ schnell, bis Gerüchte und Halbwahrheiten kursieren.

Wenn nun der Index L7 und der Index L8 nach unten korrigiert werden und der Antragsteller dadurch Stellen und Geld sparen will, dann ist das nur gefühlt gespart. Denn es braucht so viele Medienkonferenzen oder Medienmitteilungen, wie es braucht – Punkt. Die Zahlen im KEF sind Erfahrungszahlen, einmal sind es mehr, einmal sind es weniger. Persönlich habe ich diese Medienmitteilungen auch abonniert und ich lese sie sehr gern. Ich bin gut informiert, was im Kanton abgeht. Und ich denke, ich bin nicht die Einzige, die von dieser Dienstleistung profitiert, und ich hoffe, dass Sie, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, diesen Service auch geniessen und diese Informationen lesen. Gut informierte Kantonsrätinnen und Kantonsräte müssen vielleicht auch weniger Anfragen und Interpellationen einreichen, was wiederum wahrscheinlich viel mehr Geld spart als diese kosmetische Anpassung der Leistungsindikatoren.

Wir, die Grüne Fraktion, lehnen diese Kosmetik ab.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil): Die KEF-Erklärung Nummer 14 kommt eigentlich sympathisch daher, und in einem Punkt ist Hans-Peter Amrein sicherlich zuzustimmen: Bei Medienkonferenzen und Medienmitteilungen soll Qualität vor Quantität gelten, häufig ist weniger besser. Nur ist im KEF 2016 bis 2019 sowohl bei den Medienkonferenzen als auch bei den Medienmitteilungen keine Zunahme zu verzeichnen, im Gegenteil: Bei den Medienmitteilungen erfolgt eine Reduktion von 340 auf 300 pro Jahr. Nun, lieber Hans-Peter Amrein, die Regierung hat ja viel zu berichten. Als Hobby-Archäologe interessiere ich mich natürlich brennend für die neusten Funde auf dem Kantonsgebiet. Ob das von allgemeinem Interesse ist, kann man sich aber schon fragen. Nun, es gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Die Regierung soll auch von sich aus über ihre Tätigkeit berichten.

Die CVP ist der Meinung, dass die Informationspolitik der Regierung in einem vernünftigen Masse erfolgt. Die CVP wird daher diese KEF-Erklärung nicht unterstützen.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Eine Demokratie braucht die Öffentlichkeit, wie wir die Luft zum Atmen brauchen, denn ohne Öffentlichkeit gibt es keine Demokratie. Dass die Öffentlichkeit die Staatstätigkeit kontrolliert und dass die Staatstätigkeit einigermaßen nach dem Öffentlichkeitsprinzip organisiert ist, ist eine Errungenschaft der fran-

zösischen Revolution und in der Schweiz insbesondere eine Errungenschaft der Regeneration. Die Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit und die Entstehung des liberalen und demokratischen Staates sind eng miteinander verwoben, und es gibt dazu auch interessante historische Literatur. Früher war dem nicht so, im Ancien Régime beispielsweise wurden die Staatsgeschäfte von Geheimräten und von lichtscheuen Kabinetten geführt. Femegerichte konnten ohne Begründung ein Urteil fällen und dieses im Geheimen vollstrecken. Es gab keine kritische Öffentlichkeit, die hinschauen konnte, und der Bürger und die Bürgerin wurden in Unkenntnis der Politik gelassen.

Die AL will nicht zurück in die Vergangenheit und trägt dem demokratischen und liberalen Öffentlichkeitsprinzip Sorge. Wir wollen nicht bei den demokratischen Errungenschaften sparen. Diese sind uns zu teuer.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Die EDU ist der Meinung, dass, wenn viel kommuniziert werden muss, dies möglich sein soll, und lehnt deshalb diesen Antrag grossmehrheitlich ab.

Katharina Kull (FDP, Zollikon): Unsere Fraktion überweist die KEF-Erklärung zur Einschränkung von Medienkonferenzen und Medienmitteilungen nicht, aber dies aus anderen Gründen: Öffentlichkeitsarbeit, also auch Kommunikation jeder Art, zählt zu den operativen Aufgaben des Regierungsrates und der einzelnen Direktionen. Der Kantonsrat hat sich diesbezüglich nicht in den operativen Bereich der Regierung einzumischen und schon gar nicht die Anzahl der Medienmitteilungen pro Tag vorzuschreiben. Dass Sinn, Zweck, Mass und Kosten der Öffentlichkeitsarbeit dabei im Auge behalten werden, ist für uns selbstverständlich.

Regierungsrat Mario Fehr: Der Regierungsrat bittet Sie ebenfalls, diese KEF-Erklärung nicht zu überweisen. Ich wurde vorhin von einer Journalistin gefragt, wieso ich eigentlich den ganzen Tag hier bin. Also ich habe bis jetzt Herrn Stocker (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) in seiner Rolle als Finanzdirektor vertreten, weil ich stellvertretender Finanzdirektor bin. Jetzt wechsle ich die Rolle. Ich vertrete immer noch Herrn Stocker, aber als Vizepräsident des Regierungsrates, einfach damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben (*Heiterkeit*).

Ansonsten geht es mir ähnlich wie Frau Kaeser, ich lese auch regelmässig die Medienmitteilungen des Regierungsrates (*Heiterkeit*) und

freue mich und bin erstaunt über die gute Arbeit, die geleistet wird im Kanton Zürich. Im Ernst: Die Kommunikation ist ein verfassungsmässiger Auftrag. Wir müssen Transparenz schaffen. Medienmitteilungen und Medienkonferenzen, sinnvoll eingesetzt, sind eines der Mittel. Und, Herr Amrein, wir haben Ihren Gedanken selbstverständlich vorweggenommen. Sie haben gesagt, pro Arbeitstag nicht mehr als eine Medienmitteilung. Wir haben 300 Medienmitteilungen, der Regierungsrat arbeitet 365 Tage im Jahr. Sie sehen, wir haben den Benchmark erreicht.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 14 mit 104 : 45 Stimmen (bei 1 Enthaltung) ab.

15

alle Leistungsgruppen, Reduktion der Versände der Verwaltung

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo aller Leistungsgruppen (inkl. Konsolidierungskreise 2 + 3) ist durch den Verzicht auf postalische Versände von Berichten und Unterlagen aus der Verwaltung zu reduzieren. Weiter ist die Notwendigkeit und die Wirkung aller Berichte (gedruckt und elektronisch) zu prüfen und wo möglich darauf zu verzichten.

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsident der FIKO: Tablets und Laptops statt stapelweise Papier. Das Interesse an der Digitalisierung in Exekutiven und Legislativen nimmt zu. Das Parlament von Wetzikon beispielsweise setzt seit seiner Einsetzung im Mai 2014 auf digitale Dokumente. Auch das Walliser Kantonsparlament funktioniert bereits weitgehend papierlos und der Freiburger Grosse Rat will ab 2017 ebenfalls auf Papier verzichten.

Die Verwaltung und die öffentlich-rechtlichen Anstalten veröffentlichen jährlich eine sehr grosse Anzahl von Berichten und Unterlagen, welche zumeist postalisch und umfassend versandt werden. Im Rahmen einer Wirkungsüberprüfung soll in allen Direktionen sowie in den Konsolidierungskreisen 2 und 3 eine Analyse erfolgen, wie weit diese Versände reduziert werden können und welche Alternativen dazu bestehen. Zudem ist zu evaluieren, ob auf bestimmte Berichterstattungen und Versände vollständig verzichtet werden kann. Die für den Kantonsrat zentralen Arbeitsinstrumente, wie KEF oder Geschäftsbe-

richt, sollen aber auch in Zukunft in gedruckter Form zur Verfügung stehen.

Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, die KEF-Erklärung zu unterstützen. Besten Dank.

Renate Büchi (SP, Richterswil): Die SP-Fraktion wird auch diese KEF-Erklärung nicht überweisen, und zwar finden wir, dass die FIKO hier tief im operativen Gewässer paddelt und da eigentlich nichts verloren hat. Ausserdem sind wir in der Kommission für Staat und Gemeinden auch gerade wieder dabei, in diesem Sinne zu prüfen, was notwendig ist oder nicht. Es gab dazu auch schon verschiedene Vorstösse. Was soll uns direkt geschickt werden? Wir bekommen ja sehr viele Jahresberichte, das sehen wir auch, sehr viel Papier. Es ist aber andererseits die Aufgabe eines Kantonsrates oder einer Kantonsrätin, sich mit den Gebieten auseinanderzusetzen. Einfach zu sagen «Ich will das Papierige nicht mehr», das finde ich auch kein so gutes Zeichen gegenüber all jenen, die arbeiten und dann versuchen, uns mitzuteilen, was sie gemacht haben. Und wir sagen ja auch, dass wir daran sehr interessiert sind. Es tönt auf den ersten Blick so einfach, aber so einfach ist es schlussendlich nicht. Aber was ganz sicher ist: Es ist keine KEF-Erklärung wert und hat unter den KEF-Erklärungen nichts zu suchen. Darum lehnen wir sie auch ab.

Regierungsrat Mario Fehr: Ich glaube, dass die KEF-Erklärung grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Ich kann Ihnen auch sagen, dass die kantonale Verwaltung zwischen 2010 und 2014 den gesamten Postversand um etwa 5 Prozent senken konnte. Wir glauben, dass wir aber einfach auf der Seite der Rezipienten noch nicht soweit sind, dass wir hier voll digitalisieren können. Ich erinnere Sie, geschätzte Frau Kommissionspräsidentin, auch an die Diskussion im Kantonsrat selber. Der Kantonsrat selber hat ja noch nicht voll digitalisiert. Von daher glauben wir, dass dieser Schritt zu früh kommt. Wir werden aber sehr aufmerksam beobachten, welche Schritte der Kantonsrat in nächster Zeit unternehmen wird, und wir hoffen, dass hier der Kantonsrat beispielhaft vorangehen und ein Zeichen setzen wird, wahrscheinlich ein noch deutlicheres Zeichen, als wenn Sie hier diese KEF-Erklärung überweisen würden. Von daher blickt der gesamte Regierungsrat gespannt auf den Kantonsrat.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 15 mit 115 : 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir gehen weiter zu KEF-Erklärung 16 und Regierungsrat Mario Fehr wird jetzt auch noch die Volkswirtschaft vertreten müssen. Regierungsrätin Carmen Walker Späh wird in drei Minuten eintreffen.

16

VD, Leistungsgruppe 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr (Folgeantrag bei 9300)

Neuer (Wirtschaftlichkeits-)Indikator B2 – Kostendeckungsgrad (siehe auch gleicher Antrag unter LG 9300 – Zürcher Verkehrsverbund)

Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

Neuer Wirtschaftlichkeits-Indikator: B2 Kostendeckungsgrad in %

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:						
neu:	64.6	64.9	65.3	65.1	65.1	64.3

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der KEVU: Die KEVU beantragt Ihnen mit der vorliegenden KEF-Erklärung einen zusätzlichen Wirtschaftlichkeitsindikator, nämlich den Kostendeckungsgrad in Prozenten des ZVV anzugeben. Es gibt auch einen entsprechenden Folgeantrag für den ZVV, die Leistungsgruppe 9300, das entspricht der KEF-Erklärung Nummer 20.

Im KEF gibt es bereits Indikatoren, zum Beispiel wie viele Kilometer S-Bahn, Tram und Bus im Kanton Zürich gefahren werden. Des Weiteren wird in Wirtschaftlichkeitsindikator B1 angegeben, was die Kostenunterdeckung in Franken für diese gefahrenen Kilometer ist. Der neue Indikator B2 soll ein Kostendeckungsgrad in Prozenten sein. Das macht Sinn, da die politische Diskussion in der Regel eben nicht darum geht, was die Kostenunterdeckung pro Kilometer ist, sondern was insgesamt der Kostendeckungsgrad des öffentlichen Verkehrs ist. Im Prinzip ist diese Information im heutigen KEF tatsächlich schon vorhanden, man muss es aber in verschiedenen Leistungsgruppen zusammensuchen und es ist dann etwas kompliziert, ihn darzustellen. Entsprechend würde der neue Indikator die Information einfacher und transparenter machen und sie wäre einfacher greifbar, anstatt dass es dann jeder selbst einzeln mühsam berechnen muss.

Eine Minderheit der KEVU ist der Meinung, dass die bereits im KEF vorhandenen Indikatoren genügen. Aus den bereits vorhandenen Indikatoren lässt sich ja eben der neue Indikator berechnen. Der zusätzliche Indikator sei einerseits weniger relevant als die anderen, weil man aus dem alten den Betrag ja in Franken berechnen kann, und das sei ja dann für die Kosten im Kanton relevanter als ein Kostendeckungsgrad in Prozenten. Die Minderheit befürchtet auch, dass man mit dem neuen Indikator einen zusätzlichen Kostendruck auf den ÖV ausübt, und möchte dies explizit nicht.

Die KEVU empfiehlt Ihnen mit einer Mehrheit von elf zu drei, die KEF-Erklärung für die Leistungsgruppe 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr, und entsprechend auch den Folgeantrag in der Leistungsgruppe 9300, im ZVV, anzunehmen und einen neuen Wirtschaftlichkeitsindikator B2 respektive B4 einzuführen. Herzlichen Dank.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Transparenz ist gut und schafft Vertrauen in die Politik. Der Kostendeckungsgrad des ZVV war schon mehrmals ein Diskussionspunkt in diesem Rat. Obwohl es ein Wert ist, der auch so aus den Zahlen im KEF gelesen werden könnte, stimmen wir der Vereinfachung zu, diesen auch explizit zu publizieren. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass dieser Wert, wie auch von den Antragstellern beteuert, rein informativen Charakter haben soll. Eine Steuerung des ZVV über den Wert des Kostendeckungsgrads lehnen wir vehement ab.

Zum Kostendeckungsgrad von rund 65 Prozent ist anzumerken, dass es sich dabei um einen Spitzenwert handelt, um den uns viele andere Verkehrsverbände, national und auch international, beneiden und auf den wir stolz sein können.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich weise Sie auf einen Widerspruch zur KEF-Erklärung Nummer 7 hin. Das allein ist Grund genug, um diese KEF-Erklärung anzunehmen – Punkt 1. Punkt 2: Wir sind hier bei einem Kostendeckungsgrad analog dem motorisierten Individualverkehr. Es ist durchaus denkbar, dass wir analog dem Kostendeckungsgrad bei der Strassenfinanzierung – ich meine hier insbesondere die Finanzierung der Gemeindestrassen – langfristig den Kostendeckungsgrad auch erhöhen dürfen. Mobilität hat einen Wert. Und wenn wir daran denken, was wir im Raumordnungskonzept beschlossen haben, dann ist das nicht die dümmste Idee.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Bei diesem Antrag geht es nur um die Frage, ob ein neuer Indikator eingeführt werden soll. Es geht heute und hier nicht darum, über die Höhe des Deckungsbeitrags zu sprechen oder diesen zu fixieren.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste schätzt Transparenz. Aus diesem Grund stimmen wir dieser KEF-Erklärung zu.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Das ist nun eine KEF-Erklärung, für und gegen die man nicht viel Herzblut vergiessen sollte. Die SP findet den Kostendeckungsgrad als Steuerungsinstrument nicht zweckmässig, ohne hier in unnötige Details zu gehen. Gegen Transparenz ist natürlich nichts einzuwenden. Aber, Kollege Hofmann, die Transparenz in Ehren und Ihre Gutgläubigkeit und ehrlichen Absichten in Ehren, aber Sie haben auch dem völlig sinnlosen und systemwidrigen Antrag, 134 Millionen im öffentlichen Verkehr einzusparen, zugestimmt. Sie gestatten mir, dass ich Ihr Bekenntnis, dass es hier nur um Transparenz gehe, nicht so einfach runterbringe. Es ist ja ganz klar und die Rangliste, die wir mit unserer Anfrage in die Medien gebracht haben, wird es zeigen: Wenn man den öffentlichen Verkehr auf die einzelne Linie «runterfiletiert», dann wird man ihm eben nicht gerecht. Sie können ja auch nicht sagen, wie viel eine einzelne Ader in Ihrem Körper wert ist für Ihren ganzen Körper. Der ÖV ist ein grosser Organismus, jede kleine Buslinie trägt Verkehr zur nächstgrösseren S-Bahnlinie bei. Und diese sehr vernetzten Effekte mit dem Kostendeckungsgrad dann über die einzelne Linie oder über die einzelne marktverantwortliche Unternehmung steuern zu wollen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Zum Vergleich noch eine einzige Zahl: Wir reden hier im Kanton Zürich über einen Kostendeckungsgrad von 65 Prozent, der Ihnen auf der anderen Seite (*gemeint ist die rechte Ratsseite*) zu tief ist. Im Kanton Thurgau weist der öffentliche Verkehr einen Kostendeckungsgrad von 38 Prozent auf. Das ist keine schlechte Leistung, denn wenn wir den Kanton Thurgau mit Zürich vergleichen, müssen wir eben nicht die Stadt Zürich nehmen, wir müssen den Kanton Thurgau mit den Bezirken Hinwil und Dielsdorf zum Beispiel vergleichen, und da liegen wir durchaus in der gleichen Grössenordnung.

Nun, wir werden uns ja bald über den Rahmenkredit und über die Strategie für den ZVV unterhalten und dort werden wir dann über konkrete Beträge streiten können, wenn es denn die FDP wagt, den Rahmenkredit infrage zu stellen, was ich allerdings bezweifle.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich gebe das Wort der Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh und begrüsse sie auch herzlich hier.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Der Kostendeckungsgrad ist vor allem eine Steuerungsgrösse für die Beurteilung einzelner Linien und Netze. Aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungssysteme, die wir im Kanton Zürich haben, ist der Kostendeckungsgrad als Steuerungselement, als Steuerungsgrösse auf der Ebene des ZVV nur bedingt – ich sage nicht, er sei nicht geeignet, aber er ist nur bedingt geeignet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die geteilten Kosten, dass der ZVV ja einerseits durch den Kanton, andererseits aber auch durch die Gemeinden finanziert wird. Als statistische Grösse oder einfach als Kennzahl auch für das Unternehmensergebnis ist er aber tatsächlich geeignet, zum Beispiel wird er ja auch im Geschäftsbericht verwendet. Das heisst auch, dass wir im Geschäftsbericht jeweils stolz darauf sind, in der Schweiz die Nummer eins zu sein, nämlich einen Kostendeckungsgrad von – es wurde erwähnt – doch 65 Prozent zu haben. Das ist ein sehr gutes Ergebnis, aber selbstverständlich können wir noch daran arbeiten.

In diesem Sinne, dass wir daran arbeiten, ist die Regierung auch bereit, diese KEF-Erklärung entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 16 mit 131 : 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

17

VD, Leistungsgruppe 5920, Verkehrsfonds

Planungsmittel Tram Affoltern

Antrag von Christian Lucek:

Auf die Einstellung von Planungsmitteln für das Tram Affoltern ist zu verzichten.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Im Wesentlichen haben wir über dieses Thema bereits in der Budgetdebatte gesprochen. Es geht ja darum, dass wir für diese Tramerweiterung erhebliche Planungsmittel eingestellt haben, zu der zurzeit eine Machbarkeitsabklärung der Stadt läuft. Wir sind entschieden der Meinung, dass diese Mittel erst eingestellt werden sollten, wenn die Machbarkeitserklärung vorliegt, diese

geprüft ist und ein politischer Entscheid gefällt worden ist, dass man diese Ausbaute tatsächlich realisieren will. Es geht um genau 8,1 Millionen, die der KEF-Antrag hier betrifft, und ich rufe Sie auf, das zu unterstützen. Es ist auch konsequent, wenn wir die angesprochene KEF-Erklärung Nummer 7, die wir ja mehrheitlich angenommen haben, nicht toter Buchstabe werden lassen wollen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der KEVU: Die KEVU hat diese KEF-Erklärung an zwei Sitzungen behandelt und empfiehlt Ihnen, sie abzulehnen. Zurzeit erstellt ja die Stadt Zürich eine Machbarkeitsstudie betreffend Tram Affoltern. Sollte die Machbarkeit in dieser Studie festgestellt werden, hat der Regierungsrat bis ins Jahr 2019 für die Planung 9,1 Millionen Franken eingestellt, inklusive 2016. Diese Einstellung des Planungskredites bedeutet eine Ausgabenermächtigung für die Planung des Trams Affoltern. Mit dieser Ermächtigung und der Machbarkeit kann der Regierungsrat dann beschliessen, dass dieses Projekt auch tatsächlich angegangen wird. In diesem Sinne ist eigentlich vom Prozess her der Wunsch oder die Begründung der KEF-Erklärung erfüllt, denn dort heisst es ja, dass der Wunsch nach einem politischen Grundsatzentscheid besteht. In diesem Fall ist der Regierungsrat das politische Organ und er würde dann diesen Grundsatzentscheid fällen. Wie bereits erwähnt, wurde dieser Punkt ja bereits im Budget behandelt. Dort wurde die eine Millionen für das Jahr 2016 im Budget belassen. Konsequenterweise müsste man also die restlichen 2, 3 und 3,1 Millionen in den Folgejahren 2017 bis 2019 ebenfalls belassen. Es macht ja wenig Sinn, eine Planung zu beginnen und danach keine Gelder mehr zu haben.

Des Weiteren entspricht die Einstellung des Betrags für die Planung des Trams Affoltern dem typischen finanztechnischen Vorgehen und eine Streichung dessen würde eigentlich bedeuten, dass der Kantonsrat die Planung des Trams Affoltern und somit das Tram selbst nicht mehr möchte.

Die Minderheit der KEVU hat in den Sitzungen explizit festgehalten, dass es ihr nicht darum geht, das Tram Affoltern unbedingt zu verhindern, sondern sie wollte sicherstellen, dass zuerst ein Entscheid der zuständigen politischen Instanz getätigt wird, bevor mit der Planung begonnen wird.

Die KEVU empfiehlt Ihnen mit einer Mehrheit von neun zu fünf, die KEF-Erklärung abzulehnen.

Roger Liebi (SVP, Zürich): Es ist angesprochen worden, man wartet auf die Machbarkeitsstudie. Jawohl, als Städtzürcher Gemeinderat darf ich Ihnen sagen: Ich warte auch. Diese Machbarkeitsstudie wurde uns mehrfach versprochen. Sie wurde uns im März 2015 mit grossen Worten vom zuständigen Stadtrat Türlér (*Andres Türlér*) auf Herbst 2015 versprochen. Ich muss Ihnen sagen, ich warte immer noch. Er hatte damals im März 2015 auch gesagt, es würde bis Ende 2015 einen Projektierungskredit geben. Ich warte immer noch darauf. Es wurde damals in der Debatte auch aus linken Kreisen gesagt: Jawohl, dieses Tram Affoltern, sofern es denn über die Wehntalerstrasse führen würde, hätte grosse Auswirkungen – ich betone nochmals: auch von den sozialdemokratischen Vertretern – auf den motorisierten Individualverkehr. Es würde eher zu Staubildung kommen, wenn man das nicht löst. Man muss wissen, es ist eine Strassenspur weniger, die dann dort auf der Wehntalerstrasse wäre, von vier zurück auf drei. Ich kann mir vorstellen, dass das natürlich auch ein Grund ist, weshalb jetzt diese Machbarkeitsstudie immer noch nicht vorliegt. Die neuste Version, dass wir sie hätten sehen sollen, war Januar 2016. Meines Wissens haben wir Januar 2016 und es bleiben nicht mehr sehr viele Tage, bis dieser Monat vorbei ist, und das Ganze ist immer noch nicht da. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, was die Schwierigkeiten sind.

Was ich aber dazu sagen kann, und das ist eigentlich auch die Grundmeinung, weshalb man jetzt diese KEF-Erklärung annehmen sollte: Im Moment ist der Zürcher Gemeinderat an der Planung des Richtplans und ich darf Ihnen sagen, dass hier mehrere andere Trams geplant oder eingestellt werden in diesen Richtplan, namentlich auch in Affoltern oder von Affoltern weg. Ich meine, es wäre vielleicht gescheit, dass die Stadt Zürich zusammen mit dem Kanton oder auch mit den Parlamenten einmal eine Grundaussageordnung macht, bevor man weiter plant, welche Trams man tatsächlich jetzt alle damit einplanen will, bevor man einzelne Stücke hineinnimmt und dann immer wieder zusätzlich mit anbaut und einbaut und wohl noch parallel fahren lässt, wie ich das gehört habe. Bereits jetzt soll die Limmattalbahn Richtung Hardbrücke erweitert werden, was man hört, also im Richtplan zumindest. Ich weiss, das ist natürlich nicht so ganz verbindlich, aber zumindest die Pläne, die man da sieht, sind doch so, dass man hier eine Gesamtschau machen müsste.

Insofern finde ich es nicht sinnvoll, dass man hier nun eine einzelne Linie herausnimmt und dort die Planung vorantreibt. Ich glaube, man muss jetzt das wirklich im Grösseren sehen. Und da man offenbar auch in der Stadt nicht so weit ist, überhaupt diese Planung voranzu-

treiben, bitte ich Sie, hier diesem KEF-Antrag entsprechend stattzugeben. Danke.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Die Bevölkerung in Zürich Affoltern will das Tram. Zürich Affoltern ist eines der am stärksten wachsenden Gebiete im Kanton Zürich und braucht eine vernünftige öffentliche Anbindung. Auch ich weiss, die Lösung scheint nicht einfach zu sein, aber ich habe noch ein gewisses Vertrauen in unsere Planer und Ingenieure, dass sie eine Lösung finden können. Doch für diese Lösung braucht es das nötige Geld. Das Geld spricht momentan primär die Stadt Zürich, aber irgendwann – und dieser Punkt wird kommen, hoffentlich noch dieses Jahr – geht dieses Projekt an den Kanton Zürich über und der Kanton Zürich soll dann weiterplanen. Durch diese Streichung im KEF können Sie einen politischen Stopp verursachen, wirklich aufhalten können Sie das Tram so nicht. Bitte tun Sie es gleich wie in der Budgetdebatte: In der Budgetdebatte für 2016 haben wir das Tram Zürich Affoltern noch drin gelassen. Bitte machen Sie das auch jetzt so, dann können wir auf einer vernünftigen Planungsgrundlage entscheiden, ob wir das Tram dann wirklich wollen oder nicht. Danke.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Die FDP wird diese KEF-Erklärung nicht überweisen. Die FDP ist der Meinung, dass hier das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Paragraph 16, relevant ist. Dieser Artikel befasst sich mit der Budgetierung noch nicht beschlossener Vorhaben: «Haben die Stimmberechtigten oder der Kantonsrat zum Zeitpunkt der Budgetierung ein bestimmtes voraussehbares Vorhaben noch nicht beschlossen, so werden die entsprechenden Positionen aufgenommen.» Danke.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Ob in Affoltern einmal ein Tram fahren wird oder nicht, ist noch lange nicht entschieden, da stimme ich mit Christian Lucek überein. Es ist jedoch äusserst blauäugig, jetzt schon die Planungsmittel dafür zu streichen, die im Falle eines positiven Resultats einer Machbarkeitsstudie gebraucht würden. Wir schliessen uns also Roger Liebi an und warten ab. Sollte die Machbarkeitsstudie zu einem negativen Resultat kommen, haben wir noch genügend Zeit, die entsprechenden Korrekturen in Budget und KEF vorzunehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt wird mit dem Antrag kein Geld gespart und es wäre reine Kosmetik. Wir lehnen ab.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Herr Liebi hat recht, die Federführung liegt tatsächlich bei der Stadt Zürich, das ist etwas aussergewöhnlich, aber die Stadt Zürich mit den VBZ hat die Möglichkeit, hier die Planung zu machen. In anderen Fällen ist es der Verkehrsrat, der da den Kredit für die Machbarkeitsstudie bewilligen würde.

Aber, aber: Die Kommissionspräsidentin hat es gesagt, eine Budgetplanung ist keine Ausgabenverpflichtung, es ist eine Ausgabenermächtigung. Und der politische Grundsatzentscheid liegt beim Regierungsrat. Der Regierungsrat wird dann Mittel freigeben. Das wird er erst dann machen, wenn die Machbarkeitsstudie vorliegt. Ich denke, wir sprechen hier über die Planung, über die Finanzierung der kommenden Jahre, und gerade beim öffentlichen Verkehr, beim Ausbau haben wir einen Horizont über 20 Jahre. Wir sollten also eine Gesamtübersicht, die über 20 Jahre reicht, darüber haben, was im Verkehrsfonds auf uns zukommt. Deshalb ist es natürlich völlig falsch, wenn wir dann einfach nur dann Posten reinnehmen, wenn dann sicher ist, dass es weitergeht. Wir müssen hier die Gesamtübersicht behalten und wir werden sehen. Wir werden sehen. Aber mit dieser KEF-Erklärung bringen Sie gar nichts, Sie bringen höchstens Intransparenz.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Ich muss meinem Ärger doch etwas Luft machen, auch wenn es sich überhaupt nicht lohnt, sich in der KEF-Debatte zu ärgern. Aber ich denke, wir haben eine Budget-Debatte gehabt, und jetzt haben wir dieselben Anträge wieder. Was soll denn das eigentlich? Da würden wir wirklich besser dieses Geld einsparen und könnten eine Sitzung weniger haben, wenn wir solche Anträge nicht mehr hätten. Das ist wirklich überflüssig.

Laura Huonker (AL, Zürich): Ich kann mich den Worten von Felix Hoesch, Robert Brunner und jetzt, eben gehört, Gerhard Fischer anschliessen. Auch die Alternative Liste wird selbstverständlich diesen Antrag ablehnen. Zürich Affoltern, Zürich Nord ist eine boomende Region. Es ist dort, wo die Stadt seit Jahren überhaupt wächst. Es braucht dieses Tram, das ist keine Diskussion.

Roger Liebi (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich habe jetzt nicht ganz verstanden, weshalb sich Frau Huonker Herrn Brunner anschliesst, denn Herr Brunner hat eigentlich nichts gesagt (*Heiterkeit*). Herr Brunner hat insbesondere gesagt, dass er eine Gesamtschau möchte. Da gehen wir einig miteinander, Herr Brunner. Das ist genau der Grund, wieso ich sage, wir sollten jetzt nicht ein solches Einzel-

projekt vorziehen, denn wir haben genau die Gesamtschau nicht. Der Zürcher Stadtrat, die Zürcher Parteien wollen eben sehr viel mehr als nur dieses einzelne Tram, sie möchten ganz andere Verbindungen haben. Das ist durchaus in Ordnung. Ob ich jetzt dafür bin oder nicht, das ist eine andere Frage, aber das ist durchaus in Ordnung. Aber was wir hier machen, ist eben genau nicht eine Gesamtschau, Herr Brunner, und insofern würde es doch Sinn machen, zumindest das abzuwarten. Ich bin ein bisschen erstaunt, wie die Meinungen auch sonst divergieren. Herr Brunner meint, dass es richtig ist, dass die Stadt Zürich plant, Herr Hoesch gibt den Ball dem Kanton weiter. Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Stadt Zürich, das wissen Sie ganz genau, empfinden alles, was der Kanton plant, als generell schlecht. Also insofern sollten Sie es vielleicht in einer anderen Richtung lassen, Herr Hoesch. Ich bin zufrieden, wenn der Kanton plant, dann kommt es besser heraus.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Sehr geehrter Herr Liebi, es erstaunt mich, dass ich Ihnen den Mecano zur Tramplanung in der Stadt Zürich erklären muss. Es gibt eine Tramstrategie, das ist eine rollende Planung. Wir haben uns an gültige Beschlüsse zu halten. Die Stadt Zürich hat im Vorfeld die Federführung und nachher geht das zum Kanton. Also Sie kennen den Mecano und wir haben uns an die gültigen Beschlüsse zu halten. Und wenn diese sich ändern, dann ändern die sich halt. Diese Gesamtschau haben wir, aber in einer rollenden Planung. Danke.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ja, es ist so, wir hatten diese Debatte bereits im Rahmen des Budgets. Es war ein fast gleichlautender Antrag, den Sie hier im Rat abgelehnt haben. Ich habe damals gesagt: Wir wollen keine voreiligen Denkverbote, wir wollen das nicht für das Budget und wir wollen das auch nicht für den KEF. Es ist so, die Stadt Zürich hat tatsächlich zum Tram Affoltern eine Machbarkeitsstudie finanziert und diese geht nun langsam in die Endrunde, sie nähert sich dem Abschluss, das heisst, Sie werden auch bald etwas hören. Ich gebe Herrn Kantonsrat Liebi recht, es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, es müssen verschiedene Ansprüche abgewogen werden. Ich spreche von Funktionalität, von Leistungsfähigkeit auch des Individualverkehrs auf der Strasse. Ich spreche von Städtebau und – nicht zuletzt – ich spreche auch von den Kosten. Ich kann Ihnen einfach einmal mehr versichern, dass der Regierungsrat hier ganz genau hinschauen wird. Und nur wenn sämtliche dieser aufgezählten Ansprüche

befriedigend beantwortet werden können, dann werden wir auch das Vorprojekt auslösen.

Wenn nun aber diese Planungsmittel 2017 nicht verfügbar sind, dann können wir diese Aufgaben nicht nahtlos erfüllen beziehungsweise müssten die Projektorganisation von jetzt tel quel auflösen und hätten damit auch einen Know-how-Verlust. Ich bin tatsächlich der Meinung, die Stadt Zürich sollte diese Studie nun unterbreiten, sie soll sich dazu äussern können, wie dies dann der Kanton beziehungsweise der Regierungsrat auch tun.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die KEF-Erklärung nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 17 mit 113 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

18

VD, Leistungsgruppe 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Indikator L3

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

Der Leistungsindikator L3 (Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen ArG/UVG; Zielwert) ist wie folgt festzulegen:

2017 2000 (anstatt der geplanten 2252)

2018 2000

2019 2000.

Roger Liebi (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Hier geht es um die Leistungsgruppe 5300, Leistungsindikator L3, das sind die Betriebskontrollen. Es geht um Arbeitssicherheit. Die starke Mehrheit der WAK ist der Meinung, dass diesem Antrag effektiv zugestimmt werden soll. Es geht darum, dass die geplanten Kontrollen nicht 2252 Einheiten sein sollen, sondern 2000. Wir sind der Meinung – und haben das auch in einzelnen Voten und auch in Beispielen zum Ausdruck gebracht –, dass hier doch etliche Betriebe, insbesondere auch kleinere, unverhältnismässig stark belastet werden mit solchen Kontrollen, insbesondere aber auch mit einem entsprechend grossen bürokratischen Aufwand und mit Kosten. Das ist sicherlich etwas, was man berücksichtigen muss und soll, gerade jetzt, wo ja das wirtschaftliche Umfeld vieler Betriebe, insbesondere auch kleinerer Betriebe, nicht unbedingt besser geworden ist. Da

sollte man diese nicht noch mit unnötigen Belastungen belasten. Es tut mir leid, irgendwann hätte ich noch ein anderes Wort gefunden, aber es ist so.

Wir sind der Meinung, dass man hier aufpassen muss. Wir glauben selbstverständlich auch nicht, dass es keine Kontrollen braucht. Es geht ja einfach von 2252 geplanten auf 2000 Kontrollen runter. Wir sind der Meinung, dass das durchaus so passt und dass hier dann auch entsprechend der Eigenverantwortung der Betriebe und der Mitarbeitenden Genüge getan ist und das auch gefördert wird. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. Vielen Dank.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Ich spreche für die WAK-Minderheit, die dem Antrag des Regierungsrates folgen will. Es geht uns nicht um eine Schikane der Betriebe bei den Kontrollen des AWA (*Amt für Wirtschaft und Arbeit*), sondern wir sind der Meinung, dass Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz etwas ist, das letztlich im Interesse von uns allen ist. Wir haben ja bei diesem Thema eine Arbeitsteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund gibt mit der Eidgenössischen Kommission für Arbeitssicherheit die Linien vor, die Steuerung, und die Kantone, jeweils die kantonalen Arbeitsämter, sind für den Vollzug zuständig, zum Teil ist auch die SUVA (*Schweizerische Unfallversicherungsanstalt*) zuständig. Der Kanton Zürich hat mit dem Bund eine Leistungsvereinbarung getroffen, in der diese Kontrollen vereinbart sind, auch deren Zahl. Ich gehe davon aus, dass sich der Kanton Zürich auch an Abmachungen, die er mit Dritten einget, hält.

Es ist ja so, dass die Betriebe dafür verantwortlich sind, dass sie im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz nötige Massnahmen treffen, das sieht das Gesetz vor. Und das Gesetz macht nur Sinn, wenn es auch entsprechend vollzogen werden kann, und dazu braucht es auch Kontrollen. Wir sind der Meinung, dass weniger Unfälle, weniger Krankheiten in den Betrieben auch im Interesse von uns allen sind. Auch für die Betriebe sind Absenzen etwas Unangenehmes, etwas Ärgerliches, gerade auch Langzeitabsenzen und solche in kleineren Betrieben. Deshalb verstehen wir auch nicht ganz, wieso die Sensibilisierung für dieses Thema zum Teil fehlt. Viele Unfälle und Berufskrankheiten sind auch ein Kostentreiber für die Versicherungsprämien, und das ist weiss Gott auch nicht in unserem Interesse. Deshalb macht es Sinn, den Zielwert bei der Anzahl Betriebe gemäss Antrag des Regierungsrates festzulegen.

Sie staunen vielleicht über die Zunahme, wenn Sie die Jahre vergleichen. Aber diese Zunahme hat auch einen speziellen Grund, dass nämlich die Kontrollen, die bisher die Arbeitsinspektorate Zürich und Winterthur gemacht haben, jetzt in diesen Zahlen auch drin sind. Das ist im Bericht nachzulesen. Deshalb sind auch diese Zahlen höher geworden. Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, dieser KEF-Erklärung nicht zuzustimmen.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren): Die Arbeitsplätze von heute sind das Steuersubstrat von morgen oder, umgekehrt gesagt, die Bürokratie von heute wird zum Finanzloch und zum Sparprogramm von morgen. So geht es denn in dieser KEF-Erklärung nicht primär um die finanzielle Einsparung, sondern darum, dass unsere Firmen in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit nicht zusätzlich und über Gebühr mit Kontrollen zur Arbeitssicherheit belastet werden. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind wichtig, das ist richtig, aber die Firmen nehmen ihre Verantwortung diesbezüglich eigenständig wahr und tun dies gewissenhaft und ausreichend. Die Zahl von 2000 Kontrollen pro Jahr bedeutet Kontrollen in 2 Prozent der Betriebe, und dies scheint uns als Stichprobengrösse mehr als genügend.

Wir unterstützen deshalb diesen KEF-Antrag. Besten Dank.

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Ich spreche zu den Anträgen 18 und 19, die Grünen lehnen beide ab. Wir sind der Auffassung, die gegenwärtige Kontrollquote von 2,3 Prozent sollte beibehalten werden. Da ist in einem Betrieb eine Kontrolle alle 40 Jahre, da kann man nicht von Exzessen sprechen. Wir sind der Auffassung, die Qualität der Kontrollen dürfe nicht gesenkt werden, indem man ihr 150'000 Franken jährlich entzieht. Wir sind der Auffassung, die Kontrollen wären eine klare Hilfe an die Betriebe, geht es doch um Prävention in den Bereichen Berufsunfälle, Berufskrankheiten. Bei diesen Kontrollen geht es darum, Einfluss zu nehmen auf die horrenden jährlichen schweizerischen Unfallkosten von 1,5 Milliarden Franken. Die Vorstösse sind nicht geeignet, Bürokratie abzubauen. Sie sind jedoch menschenfeindlich und sie sind wirtschaftsfeindlich. Danke.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Geschätzte Präsidentin, geschätzte Frau Regierungsrätin, geschätzter «in Varieté» auftretender Herr Regierungsrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die CVP-Fraktion empfiehlt beide komfortablen Mehrheitsanträge der WAK betreffend die Indikatoren L3 und L6 in der Leistungsgruppe 5300 zur

Annahme. Ich erlaube mir deshalb, gleich zu beiden nur kurz und zustimmend Stellung zu nehmen. Und zwar begrüßen wir einerseits den verbundenen Auftrag im KEF-Antrag des Indikators L3, in Zukunft den Fokus bei Betriebskontrollen in der Arbeitssicherheit in einem noch vernünftigerem und zweckmässigerem Masse – und dies eben ohne jeglichen Übereifer – dort anzusetzen, wo ein berechtigter Handlungsbedarf tatsächlich angezeigt ist. Andererseits möchten wir unsere Unterstützung betreffend KEF-Indikator L6, welcher zur Absicht hat, diesen jährlich um 150'000 Franken in den Jahren 2017 bis 2019 zu verbessern, bekräftigen. Dies tun wir, wie bereits während der Budgetdebatte schon betont, ganz im Geiste der Antragsteller, ohne dass damit in irgendeiner Weise beabsichtigt wird, die wichtigen flankierenden Massnahmen zu lähmen oder zu untergraben. Aus diesen Gründen sind beide KEF-Anträge nicht nur als bescheidene, sondern vor allem als wichtige Beiträge zu einem gesunden Staatshaushalt zu verstehen, und sind ausserdem sowohl verkraftbar wie auch unterstützungswürdig.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn man die Begründung dieses Antrags liest, bekommt man ja das nackte Grauen und hat das Gefühl, das seien ganz schlimme Zustände in den Betrieben. Da wird von der überbordenden Kontrolltätigkeit gesprochen, der damit verbundenen Bürokratie sei Einhalt zu gebieten. Man hat das Gefühl, da komme alle zwei Jahre das Überfallkommando und schaue, ob der Betrieb auch die Arbeitssicherheit einhalte. Aber wir haben es gehört, die Kontrolle kommt im Schnitt alle 40 Jahre und Sie reden von überbordender Bürokratie und Kontrolltätigkeit. Das ist doch lächerlich. Es geht hier immerhin um die Arbeitssicherheit und wir haben eidgenössische Gesetze zu vollziehen. Und wir wissen: In der Schweiz ist das Arbeitsgesetz, so sagt man, und auch die Sicherheit dieses Gesetzes ein grosser Emmentaler Käse mit vielen Löchern und vielen Ausnahmen. Das ist überhaupt nicht streng in der Schweiz, es ist sogar large, wenn ein Betrieb nur alle 40 Jahre kontrolliert wird. Ich bitte Sie schon, es geht hier um die Gesundheit der Arbeitnehmenden. Und es ist auch klar, dass sie etwas kostet, die Gesundheit, da können Sie nicht einfach immer für die Eigenverantwortung plädieren. Das wissen wir ja, dass gerade da eben ab und zu Kontrolle sein muss, sonst wird nicht einmal mehr der Emmentaler Käse eingehalten.

Sie gehen nach dem Motto «Profit statt Menschenleben», deshalb lehnen wir diese KEF-Erklärung ab.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag, in der Leistungsgruppe 5300 den Leistungsindikator L3, das ist der Themenbereich Arbeitssicherheit, Anzahl Betriebskontrollen, Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz, neu auf 2000 Kontrollen pro Jahr festzusetzen. Die SVP stimmt dem Antrag aus folgenden Gründen zu:

Unsere Wirtschaft ist zu stark mit Regulierungen und Kontrollen belastet. Der überbordenden Kontrolltätigkeit und der damit verbundenen Bürokratie ist Einhalt zu gebieten. Bei der Arbeitssicherheit muss die Eigenverantwortung der Verantwortlichen in den Betrieben und der Mitarbeiter im Vordergrund stehen. Die Betriebe sind selber interessiert, dass es keine Absenzen und Unfälle gibt. Mit den Kontrollen – Markus Bischoff, das sind Rückmeldungen aus der Praxis – werden die Betriebe oft während Stunden praktisch lahmgelegt. Die auferlegten Massnahmen schiessen dabei oft über das Ziel hinaus und sind mit entsprechenden Kosten und mit bürokratischem Aufwand verbunden. Nicht umsonst ist immer wieder, wenn bei KMU und bei Betrieben Umfragen gemacht werden, das Thema «Bürokratie» eines der Topthemen, wo sich die Betriebe Entlastung wünschen. Hier können wir einen konkreten Beitrag leisten.

Nicht tangiert mit diesem Antrag sind die Kontrollen im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen, das möchte ich da einfach noch ganz klar festhalten. Dazu kommen wir ja beim nächsten Geschäft, wenn es um den Indikator L6 geht.

Aus diesen Gründen, weil sie eben einen Tatbeweis machen will, unterstützt die SVP den vorliegenden Antrag und bittet Sie, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen. Vielen Dank.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ich weiss nicht, ob alle wissen, worüber sie reden. Also die Wirtschaft ist schon längst weiter. Wir hatten beispielsweise im vergangenen Jahr die Inspektion von Sedex (*Supplier Ethical Data Exchange*). Also wenn wir unseren Kunden, – einen unserer wichtigsten Kunden – beliefern wollen, brauchen wir ein Audit dieser Sedex. Da kommt dann einer aus Dresden angereist und kontrolliert das, was eigentlich in der Gruppenlösung Arbeitssicherheit in unserer Branche sowieso gemacht wird. Und wenn dann alle 40 Jahre noch ein Inspektor da «reintrampft» – das war bei uns vor sechs, sieben Jahren der Fall –, dann ist das das kleinste aller Probleme. Was uns helfen würde, wäre beispielsweise, dass die Gruppenlösungen, die wir bei der Arbeitssicherheit haben, auch mit Audits, dass man das beispielsweise gegenüber einer internationalen Audit-

Organisation wie Sedex anmelden und dann auf dieses Audit verzichten könnte. Das wäre uns eine Hilfe. Aber der Rest, alle 40 Jahre ein Inspektor, das ist jetzt wirklich das kleinste aller Probleme.

Roger Liebi (SVP, Zürich), Präsident der WAK: Da diese Kommission ja «Kommission für Wirtschaft und Abgaben» heisst und ich deren Präsident bin, bin ich schon auch ein bisschen irritiert durch ein, zwei Aussagen, die da kamen. Ich bin der Meinung – und da nehme ich jetzt das Wort auch dafür –, dass man das so nicht stehenlassen kann. Die Alternative Liste, Herr Bischoff, spricht davon mit einem ziemlichen Headliner, ich denke, der wird dann auch gebracht werden: Profit statt Menschenleben. Ich finde das ein sehr starkes Stück, muss ich Ihnen sagen. Sie suggerieren damit, dass eigentlich die Zürcher Wirtschaft; die Zürcher Unternehmer, sofern sie nicht kontrolliert werden, Menschenleben opfern, damit ihr Profit gesteigert wird, und zwar absichtlich opfern. Das finde ich ein sehr starkes Stück und das muss ich in aller Form zurückweisen. Und ich hoffe, dass selbst die Alternative Liste von so einem Wording zurückkommt.

Das ist nicht der Fall. Die Zürcher Wirtschaft bietet sehr, sehr vielen Leuten Arbeitsplätze an, die Zürcher Wirtschaft steht auf einem hohen Stand. Die Zürcher Wirtschaft, glaube ich, arbeitet und weiss, dass sie mit den Arbeitnehmern sorgfältig umgehen und arbeiten muss. Und es kann nicht sein, dass ein Kantonsrat hier dermassen über die Wirtschaftsleute, über die Unternehmer hier herzieht. Das geht nicht in meinen Augen und dagegen muss ich als Präsident dieser Kommission heftig protestieren.

Markus Bischoff (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, Herr Liebi, es geht um Arbeitssicherheit und bei der Arbeitssicherheit geht es um die Gesundheit der Menschen. Und zur Gesundheit gehört auch das Leben. Wenn Sie die Arbeitssicherheit nicht kontrollieren, dann geht es mit der Arbeitssicherheit bergab. Deshalb gefährden Sie Menschenleben. Ich sage nicht, dass jemand vorsätzlich diese Leute in den Tod schickt. Aber die Gefährdung nimmt zu, das ist offensichtlich. Und das wollen Sie nicht zur Kenntnis nehmen. Sie sagen ja selber «Das kommt uns eigentlich zu teuer, der Betrieb wird lahmgelegt» et cetera, et cetera. Nehmen Sie beim Wort, was Sie schreiben in Ihrer Begründung.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) spricht zum zweiten Mal: Ich kann unseren Präsidenten natürlich nur voll unterstützen. Das ist wirk-

lich Rhetorik, Markus Bischoff, wie wir dich kennen. Aber die Seriosität würde gebieten, dass man wirklich einmal mehr sagt, wie verantwortungsvoll Arbeitgeber mit dem Gut «Gesundheit» eben umgehen. Denn der Mensch ist das wertvollste Gut im Betrieb. Und da achtet jeder aus eigenem Interesse darauf, dass möglichst wenige Unfälle passieren und so weiter. Das kenne ich aus eigener Anschauung. Bei grossen, kleinen und mittleren Firmen, da hat man ein grosses Augenmerk darauf gelegt. Robert Brunner, du sagst, es gibt viele Kontrollen. Ich mache demnächst einmal eine Anfrage, was alles kontrolliert wird. Branchenverbände kontrollieren, die SUVA kontrolliert, alle wollen kontrollieren. Wir müssen auch noch arbeiten.

Also, drum sage ich: Wir müssen eine Auslegeordnung machen, wer was warum kontrolliert. Hier verträgt's es gut, dass wir die Kontrollen auf 2000 festhalten. Darum vielen Dank für die Unterstützung.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Es ist halt so, dass wir mit diesen Betriebsbesuchen Bundesrecht vollziehen, nicht mehr und nicht weniger. Und die Anzahl der Betriebsbesuche ist in einer Leistungsvereinbarung mit der Eidgenössischen Kommission für Arbeitssicherheit, sogenannte EKAS, festgelegt. Das heisst, damit werden das Arbeitsgesetz und die Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten umgesetzt, und der Kanton Zürich erhält dafür Beiträge. Die EKAS strebt mit den Leistungsvereinbarungen an, dass jährlich mindestens 2,3 Prozent aller im Kanton ansässigen Betriebe besucht werden. Das ist eine Bundesauflage, die ich Ihnen so jetzt einfach mitgebe. Wenn man das statistisch anschaut, ist es tatsächlich so, wie es gesagt wurde, das heisst, theoretisch wird jeder Betrieb alle 40 Jahre einmal besucht, und dieser Richtwert ist nicht verhandelbar.

Bis 2016 hat das EKAS mit den Kantonen jährliche Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, ab 2017 werden Mehrjahresverträge abgeschlossen. Selbstverständlich kann ich dies gegenüber dem Bund einbringen, wenn Sie dies so wollen, es ist aber nicht mehr und nicht weniger als ein Einbringen dieses Anliegens.

Ich bin mir auch bewusst, dass dies vor allem für kleinere Betriebe Aufwand bedeutet, ich kenne dies aus eigener Erfahrung. Wir sind im Amt für Wirtschaft und Arbeit aber bestrebt, diese Belastung für die Betriebe – das können Sie mir glauben – möglichst gering zu halten und die Besuchsabläufe dauerhaft und stetig zu verbessern. Die geforderten Massnahmen sollen auch nicht über das gesetzlich Geforderte hinausgehen. Wir schauen auch, dass wir vom Betrieb tatsächlich auch nur die nötigen Massnahmen verlangen, um die Einhaltung die-

ser Richtlinien für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Auch müssen die dem Betrieb entstehenden Kosten für die Umsetzung dieser Massnahmen selbstverständlich verhältnismässig sein und einen Bezug zur konkreten Gefährdung aufweisen. Aber es entspricht nicht den Tatsachen, dass eine Kontrolle den Betrieb über mehrere Stunden lahmlegt, dies sollte wirklich nicht sein. Je nach Grösse und Gefährdungspotenzial des Betriebs dauert ein Besuch ein bis maximal drei Stunden. Und es ist auch nicht so, dass der ganze Betrieb und die ganze Belegschaft dann nicht mehr arbeiten können, sondern wir suchen das Gespräch mit dem Sicherheitsbeauftragten, der dafür verantwortlich ist. Wir werden diese Besuche auch regelmässig im Voraus anmelden und wir werden auch, was die Zeit betrifft, auf die Wünsche der Unternehmen eingehen. Mit diesen Überlegungen und aufgrund der klar geregelten Bundeszuständigkeiten ist die Regierung nicht einverstanden mit einer Überweisung.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 18 mit 106 : 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich möchte die zwei letzten Erklärungen der Volkswirtschaftsdirektion noch machen.

19

VD, Leistungsgruppe 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit

Indikator L6

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

Verbesserung des Saldos im Bereich des Indikators L6 um jährlich 150'000 Franken in den Jahren 2017, 2018 und 2019.

Roger Liebi (SVP, Zürich), Präsident der WAK: Max Homberger und Franco Albanese haben bereits zum Antrag 19 gesprochen. Ich bin Berner Oberländer, da geht es etwas langsamer, da macht man «eis nach em angere». Darum spreche ich erst jetzt zur Nummer 19. Max Homberger hätte vielleicht gescheiter doch noch gewartet, bevor er dazu Stellung nimmt, denn dann wüsste er jetzt, worum es ging. Es ging eben nicht darum, die Kontrollen bei den flankierenden Massnahmen abzubauen, das genau nicht, das wurde ja auch deutlich in der Kommission so behandelt. Und wir haben auch hören können, dass durchaus auch von regierungsrätlicher Seite – wir hören es nachher –

hier Zustimmung erfolgt oder dass zumindest bejahend gesehen wurde, dass man auch durch Effizienzsteigerungen gewisse Einsparungen machen könnte. Das sind eben diese 150'000 Franken. Insofern, lieber Max, merkst du: Auch ich habe jetzt gemerkt, dass ich menschenfeindlich bin, weil ich auch dafür bin. Ich halte das nicht für menschenfeindlich, wenn man auch Effizienzsteigerung machen kann. Ich halte das sogar für sehr menschenfreundlich, weil damit den Leuten am Ende des Jahres durchaus auch etwas mehr Geld in der Tasche bleibt. Und das ist doch etwas Gutes, da müsste man dafür sein. Und wenn selbst der Regierungsrat der Meinung ist, dass hier Effizienzsteigerung möglich ist, dann sollte man das durchaus überweisen. Ich habe das der Mehrheit der WAK entnommen und versucht, das hier jetzt in der Kürze auch zu übertragen. Ich bitte, diesem Antrag stattzugeben.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Ich vertrete die Minderheit aus der WAK. Wir alle wissen, die Debatten über die KEF-Erklärungen dienen ja vor allem einem einzigen Zweck: Zeichen und Signale zu setzen. Und je grösser der Betrag, so könnte man meinen, desto wichtiger das Zeichen. Hier bei diesem Antrag ist es aber nicht so. Hier ist das Signal, das ausgesendet wird, gewissermassen umgekehrt proportional zum Betrag, um den es geht. Es geht um 150'000 Franken im Budget des AWA, ein zugegebenermassen kleiner Betrag, also was soll's? Warum soll man da gross dagegen opponieren?

Allerdings, der Betrag betrifft einen politisch höchst sensiblen Bereich: Es geht hier um die Umsetzung der bilateralen Verträge, genauer, es geht um die Kontrollen der flankierenden Massnahmen. Zur Erinnerung: Die bilateralen Verträge basieren auf einem grossen innenpolitischen Kompromiss zwischen links und rechts, zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern, der da lautet «wirtschaftliche Öffnung des Landes und Einführung der Personenfreizügigkeit bei gleichzeitigem Schutz der hiesigen Arbeitnehmer durch flankierende Massnahmen». Über viele Jahre hat dieser grosse innenpolitische Kompromiss auch leidlich funktioniert, doch leider müssen wir feststellen, dass er auf bürgerlicher Seite langsam immer weniger mitgetragen wird, eben wenn es zum Beispiel um die Kontrollen der flankierenden Massnahmen geht.

Sie sagen im Antrag zwar und Sie werden das auch in jedem Votum erneut betonen: Wir wollen die Zahl der Kontrollen nicht reduzieren, darum geht es uns nicht. Mit anderen Worten: Sie wollen einmal mehr das Bisherige, aber für weniger Geld. Klar kann man sicherlich die

gleiche Zahl von Kontrollen durchführen, dafür sind diese halt dann nicht ganz so genau, gehen nicht ganz so in die Tiefe. Es leidet dann zwar nicht die Quantität der Kontrollen, aber es leidet die Qualität der Kontrollen. Es sind dann zwar nicht weniger Kontrollen, aber es sind weniger wirksame Kontrollen.

Aber wie auch immer, es geht ja hier eben vor allem um das Signal, das dieser Antrag aussendet. Es ist dabei nicht dieser Antrag für sich alleine das Problem, diese 150'000 Franken bringen die bilateralen Verträge nicht zum Einsturz, das Problem ist das Muster, das dahintersteckt. Sie haben schon bei der Lohndumping-Initiative, über die wir ja in Kürze abstimmen, gezeigt, dass Ihnen der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht sehr viel wert ist, Sie zeigen es hier erneut. Ihre Parteikolleginnen und -kollegen zeigen es immer wieder bei Gesetzesvorlagen in Bern. Sie senden andauernd Signale aus, dass Sie nicht mehr bereit sind, Ihren Teil des Kompromisses einzuhalten. Vergessen Sie nicht, viele kleine Signale ergeben dann mit der Zeit halt eben ein grosses. Wenn sich dieses Muster fortsetzt, wenn es sich verdichtet, werden wir uns auf linker Seite schon bald einmal die Frage stellen müssen, ob der seinerzeitige Deal es noch wert ist, gestützt zu werden, oder nicht. Diese Diskussionen gibt es schon jetzt. Ich hoffe, es ist jenen unter Ihnen, die hinter den bilateralen Verträgen stehen, klar, was es bedeutet, wenn dann irgendwann neben den Isolationisten von rechts auch die Linke und die Gewerkschaften die bilateralen Verträge nicht mehr mittragen werden. Viel Glück dann bei der Organisation einer neuen Mehrheit für den bilateralen Weg.

Dass die SVP mit einem solchen Antrag keine Mühe hat, ist klar. Sie hätte ja die Schweiz sowieso am liebsten als Insel, ohne Personenfreizügigkeit, ohne bilaterale Verträge. Und sie hat sowieso immer Sinn und Zweck von flankierenden Massnahmen bezweifelt und abgelehnt. Insofern bleibt sie konsequent in ihrer Haltung. Aber Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Mitteparteien, die diesen Kompromiss mitgetragen haben, der die bilateralen Verträge erst möglich machte, Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie hier dieses Signal – einmal mehr dieses Signal – aussenden wollen, dass Ihnen der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger wert ist als diese 150'000 Franken, die Sie hier einsparen wollen. Sie können das tun, Sie werden das tun, da mache ich mir keine Illusionen, aber bedenken Sie, dass manchmal kurzsichtige, kleinkrämerische Entscheide langfristig grosse unerwünschte Folgen haben können. Nehmen Sie das bitte nicht auf die leichte Schulter, lehnen Sie diese KEF-Erklärung ab. Ich danke Ihnen.

Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion steht hinter dieser KEF-Erklärung, da sie ganz klar der Meinung ist, dass die Effizienz der Kontrollen gesteigert werden kann; dies auch ganz in Übereinstimmung mit der analogen Einsparung im Budget 2016. Man muss deswegen nicht gleich den Teufel an die Wand malen, wie das Stefan Feldmann soeben getan hat. Der soziale Frieden, die Sozialpartnerschaft ist im Kanton Zürich deswegen nicht gefährdet. Dass die Linke hier aufheult, ist klar, denn die Linke will immer mehr und umfassendere Kontrollen. Sie will das aber nicht deshalb, weil der freie europäische Binnenmarkt ihr so am Herzen liegt, sondern das ist für die Linke ein idealer Ort, um durch die Hintertür ihre Vorstellung einer sozialistischen Planwirtschaft einzuführen (*Heiterkeit*). Genau mit dem führen Sie aber die bilateralen Verträge ad absurdum und vor allem gefährden Sie genau die Arbeitsplätze, die Sie vorgeben zu schützen.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag, in der Leistungsgruppe 5300 beim Leistungsindikator L6 den Saldo um jährlich 150'000 Franken zu verbessern. Wie in anderen Bereichen ist die Aufwandsteigerung auch in der Leistungsgruppe 5300 zu hoch. Ohne Korrektur beträgt die Steigerung des Saldos in der gesamten Leistungsgruppe im Budget 2016 gegenüber der Rechnung 2014 plus 6,4 Prozent. Mit der vom Kantonsrat vor einigen Wochen beschlossenen Korrektur, sprich: einer Saldoverbesserung von 150'000 Franken, sprechen wir immer noch von einer Aufwandsteigerung von plus 6,07 Prozent. Also stehen mehr Mittel zur Verfügung, Stefan Feldmann. Ich weiss, du kannst Zahlen interpretieren. Tu sie auch richtig interpretieren. Weil wir ja im Budget 150'000 verbessert haben und das Budget einfach fortgeschrieben wird, sind jetzt 150'000 frei geworden. Das heisst, wir können im ganzen KEF das Band von 150'000 Franken durchziehen, das ist nichts als konsequent.

Dann scheint es mir ganz wichtig, auch an die Adresse der Presse: Was Ihnen Stefan Feldmann verschwiegen hat: Die Kontrollen im Bereich der flankierenden Massnahmen, Indikator L6, werden erhöht, von 1850 auf 2200. Das ist gerade das Gegenteil von dem, was er behauptet hat. Ich bin nur bass erstaunt, was ein so belesener Stefan Feldmann hier verbreiten kann, bass erstaunt. Also die Kontrollen werden sogar erhöht auf 2200. Wir wissen eben Akzente zu setzen (*Heiterkeit*). Wir kürzen dort, wo man kürzen kann, das ist bei der vorherigen Leistungsgruppe. Aber wir tragen den Vorschlag der Regierung mit, dass im Bereich der flankierenden Massnahmen, sprich L6, eine Erhöhung nötig ist.

Also: differenzierte Beurteilung. Mir kommt die ganze Diskussion so vor: Die Linke will den Kapitalismus überwinden, aber man klammert sich an jedem Franken hartnäckig fest. Diese Verbissenheit um Geld ist fast nicht nachvollziehbar. Im Namen der SVP bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Vielen Dank, Sie tun Gutes (*Heiterkeit*).

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Ich muss zuerst eine Interessenbindung bekanntgeben, die ich zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektorin habe: Wir sind zusammen in der IG KEF, das ist die Interessengemeinschaft für kreativ einzigartige Frisuren (*Heiterkeit*).

Aber jetzt zur KEF-Erklärung: In dieser KEF-Erklärung reden wir von Effizienzsteigerung. Aber irgendwie bin ich misstrauisch. Können wir hier wirklich die Wirksamkeit der vom Bund vorgegebenen Kontrollen steigern ohne Qualitätsabbau? Der Bund legt diese Kriterien und diese Zahlen fest, an diesen können wir gar nicht gross rütteln. Und das kostet auch.

In der Begründung wird zwar klar darauf hingewiesen, dass die Anzahl Kontrollen nicht eingeschränkt wird. Die Grundlage sind eben die erwähnten Leistungsvereinbarungen. Aber ein Beispiel: Auch wenn ein Haupt über eine grosse Anzahl von Haaren verfügt, heisst das noch lange nicht, dass die Qualität der Frisur auch wirklich gut ist. Meine Fraktion, alles liebe Kollegen, aber nicht immer so pflegeleicht, wir haben darüber diskutiert, wo wir, wenn überhaupt, einen Sparbeitrag leisten könnten. Wir sind hier etwas gespalten gewesen und ich habe im Budget ja eigentlich dieser Kürzung zugestimmt. Aber ich bin, wie gesagt, misstrauisch geworden.

Stefan Feldmann hat es gesagt, das politische Signal ist heikel angesichts der Problematik der zunehmenden Lohndumping-Fälle. In einer Stellungnahme zuhanden der WAK hat Frau Walker Späh klargemacht, dass sie bei den flankierenden Massnahmen keine Abstriche machen will und insbesondere auch nicht bei der Qualität. Und weil wir zusammen in der Interessengemeinschaft sind, finde ich, unterstützen wir das. Darum sind wir gegen eine Überweisung.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Die Debatte nimmt ja langsam skurrile Züge an. Schon beim letzten Antrag wurden wir ja immer als Sozialisten, Planwirtschaft und alles Wilde bezeichnet. Das ist schön, ich bezeichne mich gern als Sozialist. Aber wir verteidigen hier nicht irgendwelche sozialistischen Errungenschaften, sondern das, was Sie hier bis anhin beschlossen haben, also sowohl im letzten als auch in

diesem Antrag verteidigen wir ja nur den Status quo. Und der Staat ist in der Schweiz seit jeher in bürgerlicher Hand und auch der Kanton Zürich ist in bürgerlicher Hand. Wir verteidigen also nur, was Sie, die Mehrheit beschlossen hat, und nichts anderes. Deswegen sind wir leider noch gar keine Sozialisten, um schon gar nicht irgendwie von Planwirtschaft zu sprechen. Es geht hier um die bilateralen Verträge, das ist wirklich etwas Entscheidendes. Es ist so, dass die Wirtschaft ja in ganz entscheidendem Mass von diesen bilateralen Verträgen profitiert hat. Wir hätten diese Krise 2007/2008 nicht so gut überstanden, wenn die Personenfreizügigkeit nicht gewesen wäre. Die Arbeitnehmenden stehen diesen bilateralen Verträgen und der Personenfreizügigkeit weit skeptischer gegenüber. Sie wissen nämlich, dass, wenn es der Wirtschaft gut geht, es für sie tendenziell auch besser ist. Es ist aber auch so, dass natürlich die Personenfreizügigkeit auch eine Bedrohung ist, und sie wissen, dass das zur Lohndrückerei et cetera führen kann. Deshalb braucht es eben ganz starke flankierende Massnahmen. Nur mit starken flankierenden Massnahmen können Sie auch eine Mehrheit der Arbeitnehmenden weiterhin für diese bilateralen Verträge gewinnen.

Und die Kontrollen sind in der Schweiz ja alles andere als gut, auch im Kanton Zürich, das wissen wir. Sonst hätte man nicht in einem Tag, in 24 Stunden, 7000 Unterschriften für diese Lohndumping-Initiative der UNIA (*Schweizer Gewerkschaft*) sammeln können. Das ist eben die Realität: Die Leute glauben nicht an diese Kontrollen. Und Sie wollen jetzt, wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Raths, Discount-Kontrollen einführen. Sie wollen mehr Kontrollen zu weniger Kosten. Das ist doch Discount, und daran glaubt jetzt niemand, aber niemand in der Arbeitswelt, dass das fruchtet.

Ich bitte Sie, sagen Sie Ja zu den bilateralen Verträgen und Nein zu diesem Discount-Antrag.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch ganz kurz auf Hans-Jakob Boesch und Hans Heinrich Raths reagieren. Als Erstes möchte ich Hans-Jakob Boesch beruhigen: Die SP will im Kanton Zürich nicht sozialistische Planwirtschaft einführen. Ich nehme an, dass dieses heftige Wort dann doch vielleicht dem laufenden Präsidentschaftswahlkampf innerhalb der FDP geschuldet ist, wo man sich bei der eigenen Basis vielleicht dadurch beliebt machen kann (Hans-Jakob Boesch kandidiert als neuer Präsident der FDP Kanton Zürich).

Zum Zweiten: Ich bemühe mich jeweils, laut und deutlich zu sprechen, aber offenbar hat mir Hans-Jakob Boesch nicht ganz genau zugehört. Ich habe nie behauptet, dass durch diese KEF-Erklärung der soziale Friede im Kanton Zürich vor dem Ruin stünde. Es geht um das Muster, das dahintersteckt, es geht um das Muster, das sich hier abzeichnet, dass Ihnen die bilateralen Verträge oder der Kompromiss, der die bilateralen Verträge innenpolitisch ermöglicht hat, nicht das wert ist, was es Ihnen eigentlich wert sein sollte. Das ist der Punkt.

Dann zu Hans Heinrich Raths: Du hast vorhin gesagt, es gehe hier um Konsequenz, man habe ja im Budget auch 150'000 Franken eingespart. Das ist richtig und ist trotzdem falsch. Denn im Budget haben wir 150'000 Franken beim ganzen AWA eingespart, beim ganzen Budget. Das ist das, was ihr damals gefordert habt. Jetzt wollt ihr diese 150'000 nur auf diesen Leistungsindikator beziehen, das ist etwas ganz anderes. Und dann zum Zweiten: Ja, es ist richtig, die Anzahl Kontrollen geht hinauf. Und genau deshalb darf man nicht auch noch Geld streichen, denn mehr zahllose Kontrollen sind unter Umständen sogar noch schlimmer, weil sie nämlich eine falsche Sicherheit vorgaukeln, weil sie eine falsche Kontrolltätigkeit vorgaukeln. Da wären an und für sich weniger Kontrollen, die aber mehr Biss haben, die ehrlichere Politik.

Nochmals: Es geht hier um einen Aspekt im Rahmen der bilateralen Verträge, des innenpolitischen Kompromisses der bilateralen Verträge. Ich appelliere an die Mitteparteien, ich appelliere an die Freisinnigen, weiterhin zu diesem Kompromiss zu stehen und ihn nicht schleichend immer wieder auszuhöhlen. Denn dann werden wir irgendwann vor der Situation stehen, dass die bilateralen Verträge in diesem Land keine Mehrheit mehr haben. Ich glaube nicht, dass es das ist, was Sie wirklich wollen.

Deshalb verzichten Sie auf diese kleine Kürzung – zum Wohl des Grösseren, nämlich der bilateralen Verträge. Ich danke Ihnen.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) spricht zum zweiten Mal: Ganz kurz an Stefan Feldmann, ich wiederhole nochmals: Die Kontrollen werden erhöht, die Mittel sind gesprochen. Und wenn du sagst, die 150'000 Franken – du sprichst diesen Betrag an, du weisst genau aus der Kommissionsdiskussion, dass noch mehr Geld frei wäre –, der Betrag ist frei im Bereich der flankierenden Massnahmen durch verschiedene Umstände. Also nochmals: Flankierende Massnahmen: Ja. Wir sagen Ja dazu, sogar zu einer Erhöhung. Aber wir wissen aus

Ausführungen, dass Spielraum in diesem Bereich besteht. Darum ganz konkret dieser Antrag.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Die Volkswirtschaftsdirektion strebt Effizienzsteigerungen im Bereich der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit laufend an. Der Kantonsrat hat aufgrund der Beratungen des Budgets 2016 bereits eine Reduktion, eine Saldokürzung um 150'000 Franken vorgenommen, das wissen wir. Man kann auch sagen, insofern ist dieser KEF-Antrag konsequent, er ist vertretbar, das heisst die beschlossenen Saldoverbesserungen auf die kommenden Planjahre auszudehnen.

Ich möchte einfach an dieser Stelle trotzdem auf ein paar Entwicklungen hinweisen, welche den Finanzbedarf in den kommenden Jahren möglicherweise wieder erhöhen können. Einerseits sind dies gesetzliche Veränderungen, wie die Verschärfung zum Beispiel des Schwarzarbeitsgesetzes, die ansteht, oder zum Beispiel die Arbeitszeiterfassung, die seit diesem Jahr in Kraft ist. Andererseits ist es auch die Ausweitung der Prioritätensetzung der Tripartiten Kommission. Mehr Branchen werden neu der Prioritätsstufe I, das heisst den Risikobranchen zugeordnet, was mehr Kontrolltätigkeit erfordert.

Sodann müssen wegen vertragslosen Phasen in Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen – das ist zum Beispiel das Bauhauptgewerbe – ab dem 1. Januar 2016 die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen. Und schliesslich haben wir politische Entscheide von erheblicher Tragweite vor uns, sei es die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder sei es die Abstimmung zur Lohndumping-Initiative. Es ist also gut möglich, dass wir infolge dieser Entwicklungen im Vollzug der flankierenden Massnahme später wieder mehr finanzielle Mittel beantragen müssen. Wir wollen aber nicht auf Vorrat diese Mittel bereits heute einstellen.

Wesentlich ist mir – ich habe das schon in der Kommission gesagt –, dass die flankierenden Massnahmen nicht nur in der geplanten Anzahl, sondern auch in der erforderlichen Qualität auch weiterhin durchgeführt werden. Diese Kontrollen dienen letztlich dem Schutz des einheimischen Gewerbes und damit auch der Binnenwirtschaft.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Regierung mit der Überweisung der KEF-Erklärung einverstanden.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben danach noch den letzten Antrag und ich weise Sie jetzt schon darauf hin: Morgen wird es, wenn es so weitergeht, mindestens eine

Nachmittags- und eine Abendsitzung geben. Wir sind jetzt genau in der Hälfte. Ich werde zwischen den beiden Sitzungen eine gute Stunde Pause machen, damit Sie sich verpflegen können. Diese Pause wird irgendwann zwischen halb sieben und Viertel vor acht stattfinden. Wenn Sie irgendwo etwas reservieren wollen, können Sie das heute Abend machen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 19 mit 99 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

20

zu konsolidierende Anstalten, Leistungsgruppe 9300, Zürcher Verkehrsverbund (Folgeantrag zu Antrag 5210)

Neuer (Wirtschaftlichkeits-)Indikator B4 – Kostendeckungsgrad (siehe auch gleicher Antrag unter LG 5210 – Finanzierung öffentlicher Verkehr)

Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

Neuer Wirtschaftlichkeits-Indikator:

B4 Kostendeckungsgrad in %

	R14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:						
neu:	64.6	64.9	65.3	65.1	65.1	64.3

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 20 mit 114 : 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Beratung der Vorlage 1/2016 wird abgebrochen. Fortsetzung der Beratung am 26. Januar 2016.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Anpassung der kantonalen Signalisationsverordnung**
Dringliches Postulat *Marc Bourgeois (FDP, Zürich)*

- **Wohnbauförderung unabhängig von Lebensformen**
Postulat *Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)*
- **Automatisierter freiwilliger Direktabzug der direkten Steuern vom Lohn**
Parlamentarische Initiative *Stefan Feldmann (SP, Uster)*
- **Auswirkung Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative (Einführung einer einseitigen Schutzklausel zur Begrenzung der Zuwanderung)**
Dringliche Anfrage *Sabine Sieber Hirschi (SP, Bauma)*
- **Der Notfall wird zum Notfall**
Anfrage *Erika Zahler (SVP, Boppelsen)*
- **Umgang mit Bestechungsfällen in der Verwaltung**
Anfrage *André Müller (FDP, Uitikon)*
- **Lunch-Check-Karte – Neue Möglichkeiten und Gefahren**
Anfrage *Rafael Steiner (SP, Winterthur)*
- **Subjektfinanzierung für Höhere Fachprüfungen (HFP) ab 2018**
– **Wie können negative Nebenwirkungen für das bewährte Berufsbildungssystem vermieden werden?**
Anfrage *Daniel Wäfler (SVP, Gossau)*
- **Verkehrerschliessung des Hochschulquartiers**
Anfrage *Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.)*
- **Antworten auf verschärften Steuerwettbewerb durch Unternehmenssteuerreform III (USR III)**
Anfrage *André Müller (FDP, Uitikon)*

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr


Zürich, den 25. Januar 2016

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 8. Februar 2016.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 14:33:33	
JA:	105	
NEIN:	56	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	--
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	--
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	--
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	--
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	--
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	--
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	--
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:06:16	
JA:	90	
NEIN:	82	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	8	
Total Stimmen:	172	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
053	Hauptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:16:15	
JA:	104	
NEIN:	67	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	9	
Total Stimmen:	171	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
053	Häuptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:17:30	
JA:	104	
NEIN:	66	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trchsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:21:15	
JA:	105	
NEIN:	66	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	9	
Total Stimmen:	171	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
053	Häuptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:47:53	
JA:	101	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	20	
Total Stimmen:	160	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	--
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	--
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	--
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:54:44	
JA:	103	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trchsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 15:58:51	
JA:	100	
NEIN:	59	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	21	
Total Stimmen:	159	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	--
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	--
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	--
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 16:15:46	
JA:	45	
NEIN:	104	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	30	
Total Stimmen:	150	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
129	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	--
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	ENTHALTEN
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	--
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	NEIN
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
053	Hauptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	--
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	--
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	--
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	--
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	--
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	--
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	--
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	--
016	Tognella	Birgit	SP	--
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 16:21:12	
JA:	115	
NEIN:	51	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trchsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	--
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 16:32:32	
JA:	131	
NEIN:	34	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	15	
Total Stimmen:	165	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	--
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trchsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 16:51:48	
JA:	52	
NEIN:	113	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	15	
Total Stimmen:	165	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
129	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	NEIN
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	NEIN
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	--
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	NEIN
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 17:16:06	
JA:	106	
NEIN:	60	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	14	
Total Stimmen:	166	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 17:40:14	
JA:	99	
NEIN:	57	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	24	
Total Stimmen:	156	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	--
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	--
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	--
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	--
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.25 - 17:41:40	
JA:	114	
NEIN:	38	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	28	
Total Stimmen:	152	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	--
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	--
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	--
007	Busmann	Barbara	SP	--
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	--
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	--
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	--
093	Häni	Peter	EDU	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	--
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	--
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	--
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	--
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	--
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	--
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				